

souverän

Wahlrechtsreform!

**Bundestag nicht
weiter aufblähen!**

**Interview mit
Prof. Dr. Otto Wulff:**

Senioren nicht nur
in Sonntagsreden
einbeziehen

Pflegeheime:

Die idealen
Tatorte?



€ 150 Preisvorteil p. P. für Mitglieder der CDU Senioren Union und eine Begleitperson

- Der Geysir Strokkur ► Die Wasserfälle Skogafoss und Seljalandsfoss
- Gletscherlagune Jökulsarlon und Nationalpark Skaftafell

Island – Auf der Jagd nach den Nordlichtern

Freuen Sie sich auf ein Abenteuer im Winterwunderland Island. Sie besuchen nicht nur die berühmtesten Sehenswürdigkeiten des Landes, sondern gehen auch auf atemberaubende Nordlichtsuche. Zahlreiche Höhepunkte stehen bei dieser Reise auf dem Programm!



Island | 6-Tage-Erlebnisreise ab **€ 1.099**

Termine und Preise

p. P. im Doppelzimmer für Mitglieder der CDU Senioren-Union und eine Begleitperson

26.11. bis 01.12.2017 **€ 1.099**
Aufpreis Einzelzimmer **€ 255**
Aufpreis für Nichtmitglieder* **€ 150**

* Die Begleitperson eines Mitgliedes zahlt keinen Aufpreis

Ein zusätzlicher Reisetermin (Febr. 2018) wird im Internet (www.senioren-union.gebeco.de) veröffentlicht, sobald der erste Termin ausgebucht ist. Vormerkungen nehmen wir gerne jetzt schon unter Telefon **0431 5446688** entgegen.

Bundesweite Anschlussflüge/Direktflüge

Aufpreis für Direktflug ab/bis Berlin oder innerdeutsche Anschlussflüge ab vielen Flughäfen mit Air Berlin nach Düsseldorf und zurück je nach Verfügbarkeit **€ 99**

Leistungen, die überzeugen

- Zug zum Flug (2. Klasse)
- Linienflüge mit Air Berlin von Düsseldorf nach Keflavik und zurück in der Economy-Class, 23 kg Freigepäck
- Luftverkehrssteuer, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren
- Transfers und Ausflüge in bequemen, landestypischen Reisebussen
- 4 Hotelübernachtungen (Bad oder Dusche/WC)
- 4x Frühstück, 2x Abendessen in Vik (Buffet, ohne Getränke)
- Komplettes Besichtigungsprogramm laut Reiseverlauf
- Islands Höhepunkte: Geysir Strokkur, Thingvellir-Nationalpark und Gullfoss-Wasserfall
- Ausflug zur Gletscherlagune Jökulsarlon und zum Nationalpark Skaftafell
- Die majestätischen Wasserfälle Skogafoss und Seljalandsfoss

- Stadtrundfahrt durch Europas nördlichste Hauptstadt
- Deutsch sprechende Gebeco-Reiseleitung
- Gebeco-Reiseinformationen
- Reiseliteratur

Teilnehmerzahl mind. 26 Personen

Ihre Hotels

Ort	Nächte/Hotel	Landeskat.
Reykjavik	2 Centerhotel Plaza	★★★★
Vik	2 Dyrholaey	★★★

Hinweis

Es gelten die Reisebedingungen und Hinweise der Gebeco GmbH & Co. KG, Kiel

Veranstalter

Gebeco GmbH & Co. KG,
Holzkoppelweg 19, 24118 Kiel

Es sind noch Plätze frei!

Die Höhepunkte Irlands
8-Tage-Erlebnisrundreise ab € 999
13.09.-20.09., 04.10.-11.10.2017

Übernachtung im Herrenhaus

Baltikum – drei Länder, Kulturen und Völker
8-Tage-Erlebnisreise ab € 969
25.06.-02.07.2017

Ausflug Kurische Nehrung

Detaillierte Reiseausschreibungen und Anmeldeformulare aller hier aufgeführten Senioren-Union-Erlebnisreisen erhalten Sie über unser Reise-Service-Telefon für Leser der Souverän: **0431 544 66 88** oder direkt auf unserer Internetseite **www.senioren-union.gebeco.de**

Impressum

Herausgeber
Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstr. 8
10785 Berlin
Tel. 030 / 220 70 - 4 45
Fax 030 / 220 70 - 4 49
E-Mail seniorenunion@cdu.de
www.senioren-union.de

Verlag

Weiss-Verlag GmbH & Co. KG
Postfach 30 · 52153 Monschau
Geschäftsführer: Martina Schmitz
Verlagsleiter: Alexander Lenders
Tel. 02472 - 9 82 118
Fax 02472 - 9 82 77 114
alenders@weiss-verlag.de

Anzeigen und Beilagenkontakt

Verlagsrepräsentanten
Wolfgang Braun
Braun Medien GmbH
Riedelstraße 14
42349 Wuppertal
Tel. 0202 - 3 17 86 93
Fax 0202 - 3 17 86 95
kbmedien.braun@t-online.de

Auflage:

70000 Exemplare über perso-
nalisierten Posteinzelvertrieb an
Senioren-Union-Mitglieder und an
CDU-Funktions- und Mandatsträger

Leserzuschriften an:

Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Redaktion Souverän
Konrad-Adenauer-Haus
(Adresse s.o.)

Herstellung:

Weiss-Druck GmbH & Co. KG
Hans-Georg-Weiss-Straße 7
52156 Monschau
Layout: Ute Meurer

Redaktion:

Chefredakteur: Andreas Oberholz
(V.i.S.d.P.)
Tel. 02056 - 5 73 77
Fax 02056 - 6 07 72
pressebuero_oberholz@t-online.de

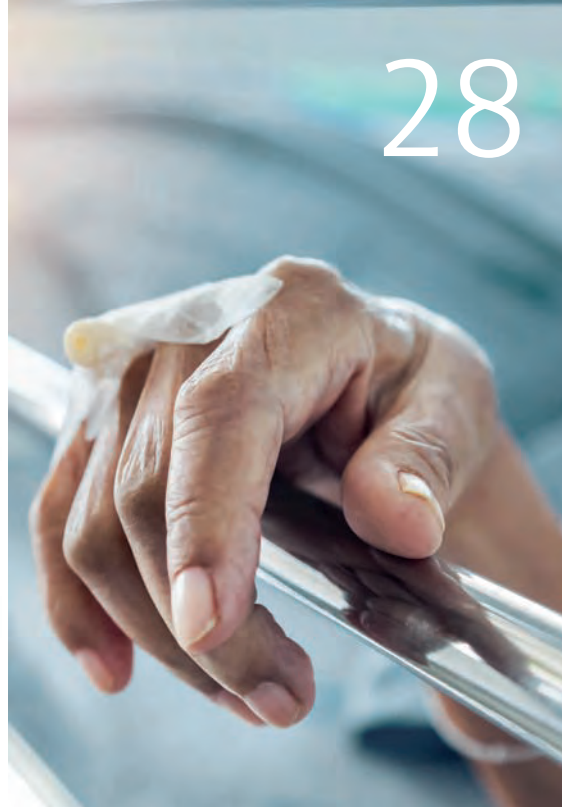
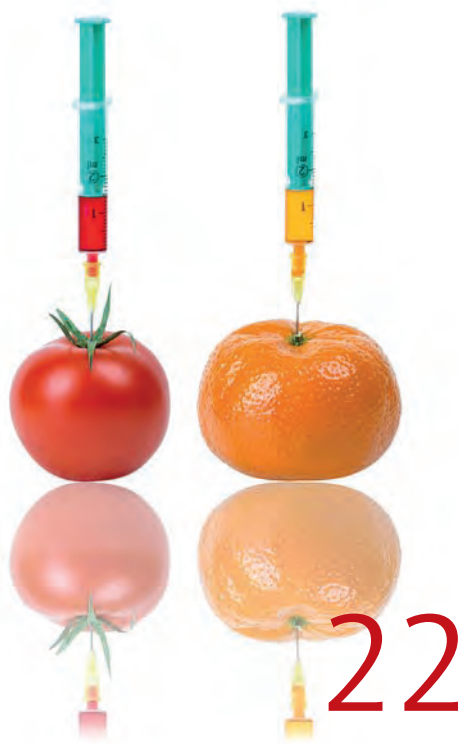
Weitere Autoren dieser Ausgabe:

Prof. Dr. Thomas Feltes, Alfons
Gerling, Wilfried Goebels, Dr.
Stephan Harbarth, Prof. Dr. Wolf-
gang Merbach, Andreas Oberholz,
Ulrich Winz, Prof. Dr. Otto Wulff

Bildnachweis:

Roland Rochlitz, Ulrich Winz,
fotolia, 123rf, Konrad-Adenauer-
Stiftung, Laackman/Fotostudios
Marburg, wikipedia,
Evang.-Luth. Kirche in Bayern
Titelfoto: 123rf

Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben nicht unbedingt die
Meinung des Herausgebers wieder.



6 Die parlamentarische Demokratie erfordert ein arbeitsfähiges Parlament

Dr. Stephan Harbarth, stellv.

Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU,
zu Fragen einer Wahlrechtsreform und
eines verkleinerten Parlaments

8 „Es muss genügend mutige Abgeordnete geben ...“

Fünf Fragen an Christian von Stetten,
Vorsitzender des Parlamentskreises
Mittelstand in der CDU/CSU-Bundes-
tagsfraktion, zu einer Wahlrechts-
reform

10 Die ältere Generation nicht nur in Sonntagsreden einbeziehen

Ein Interview mit Prof. Dr. Otto Wulff,
Bundesvorsitzender der Senioren-Union

12 Es bleibt für jeden mehr übrig

Eine etwas andere Sicht auf Chancen
und Risiken der demographischen
Entwicklung

16 Immer härtere Gesetze?

Bürger und Politiker rufen nach
spektakulären Straftaten schnell nach
härteren Gesetzen. Macht das Sinn?

18 „Die liberalen Muslime sind eine Minderheit“

Prof. Susanne Schröter vom Forschungs-
zentrum Globaler Islam zum Thema
moderner, aufgeklärter Islam

22 Chance oder Risiko?

Prof. Dr. Wolfgang Merbach zur
so genannten grünen Gentechnik

26 Senioren als Spielball der Versicherungen?

Werden ältere Menschen von
Versicherungen abgezockt?
Nachgehakt an den Beispielen
Auto und Kreditvergabe.

28 Pflegeheime – die idealen Tatorte?

Prof. Dr. Thomas Feltes, Kriminologe
an der Universität Bochum, beschäftigt
sich mit Gewalt und Vernachlässigung
in Pflegeheimen.

32 „Der Lernweg für die Kirchen war lang“

Interview zum 500. Jahrestag der
Reformation mit Prof. Dr. Heinrich
Bedford-Strohm, Ratsvorsitzender
der Evangelischen Kirche in
Deutschland (EKD)

35 Aus der Senioren-Union

38 Nachrichten aus der Europäischen Senioren-Union (ESU)

39 Leserbrief/Buchtipps

*Selig die Zeiten, als die Älteren
die Politik nicht in der Hand hatten,*

Unruhige Zeiten verlangen nach politischer Stabilität.

Terrorismus, Nationalismus, sichtbarer Zerfall eines dem Frieden dienenden Europas, Zölle, neue Grenzzäune und Mauern, die den freien Handel unter den Nationen und ihren damit verbundenen Wohlstand und ihre soziale Sicherheit zu zerschlagen drohen, sind nur einige Beispiele dafür, welchen Gefahren wir alle in unserer Republik und in Europa ausgesetzt sind. Umso mehr sind Frauen und Männer gefragt, die einer grassierenden Gleichgültigkeit gegenüber solchen Entwicklungen die Stirn bieten, mutig und energisch, glaubhaft und überzeugend sagen, was ist und was sie für richtig halten. Es ist allemal bemerkenswert, wie insbesondere die Älteren und nicht zuletzt die Mitglieder der Senioren-Union sich nicht zu schade sind, in Fußgängerzonen und auf Marktplätzen, und das auch bei kühlem Wetter und Regen, wenn der Wind um die Ecke pfeift, das Gespräch mit dem Bürger zu suchen. Wenn stattdessen an nahezu jedem Abend in der Woche auf allen Kanälen eine Talkshow die andere ablöst, sie häufig auf einer Reihe von Sendern sogar parallel laufen, dann vergessen die Akteure, dass mit solchen „Events“ Sorgen und Ängste der Bürger nicht über die Mattscheibe beseitigt werden können und diese auch kaum erreichen. Dagegen macht sich eine Entfremdung von der Politik breit, und die ihr neuerdings anempfohlene Emotionalität vor Ort bleibt auf der Strecke, zumal die ewigen Dauergäste beim Talk Langeweile verbreiten mit Argumenten, die jeder bereits in Endlosschleife bis zum Umfallen gehört hat und voraussagen kann.

Häufig hat man den Eindruck, dass den von der Gunst der Eventmaster gehätschelten Promi-Talkern die Stimmung im Land unbekannt ist, dagegen den nationalistischen Radikalinskas brauner Färbung jede Gelegenheit geboten wird, vor einem Millionenpublikum ihren billigen Populismus ausbreiten zu können. Politikverdrossenheit ist die Folge, sichtbar an den sinkenden Mitgliederzahlen der Parteien und schließlich auch bei der Wahlbeteiligung. Selig die Zeiten, als die Wahlbeteiligung im Durchschnitt bei über 80 % lag, auch einmal mehr als 90 % erreichte. Die Sorge, dass damals den Volksparteien das Volk ausging, gab es nicht. Bei den Älteren hingegen bleibt eine erfreulichere Entwicklung festzustellen, als deren Politikinteresse, zumindest im Vergleich zu den Jüngeren, nicht nachgelassen hat. Mit Abstand stellen sie weiter die größte und stabilste Bevölkerungsgruppe in den Parteien, und bei keiner anderen ist die Wahlbeteiligung höher als bei den Senioren. Mit immer noch stolzen 75 % Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 ließen sie die Jüngeren weit abgeschlagen zurück. Erfreulicherweise konnte die Union gerade bei den Senioren die meisten ihrer Stimmen für sich verbuchen. Man kann die Tatsache gut oder schlecht finden, doch wie immer man das Blatt auch wendet, fest steht, dass ohne oder gegen die Älteren keine Wahl mehr zu gewinnen ist. Für die Parteien ist es deshalb mehr als ratsam, sie enger als bisher in ihre politischen Entscheidungsprozesse einzubinden und sie folglich auch repräsentativ in die Entscheidungsgremien zu berufen. So weit, so gut? Nicht wirklich!

Auf den Landeslisten der CDU für den Bundestag und die Landtage fristen die Älteren nur ein rudimentäres Dasein. In der vor kurzem einberufenen Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten hielt man es sogar für weise, überhaupt keinen Vertreter aus der ausschließlich ehrenamtlich tätigen Senioren-Union dazu vorzuschlagen. Natürlich vertritt die Senioren-Union nicht alle Älteren in der Gesellschaft, sie hat auch nie etwas anderes behauptet. Doch unbestritten ist

auch, dass sie nicht unerheblich zum Erfolg der Union beigetragen hat und diesen weiter fördern will. Doch bitteschön, mit welchen Argumenten will sie fürderhin um Mitglieder werben, wenn denen keine relevanten Möglichkeiten politischer Mitarbeit geboten werden. Warum wurde sie dann überhaupt gegründet? So die Weisheit die Klugheit als Diener nötig hat, dann fehlten der Weisheit der Auswahlgründen dann doch hilfreiche Diener! Die zahllosen Botschaften an die Senioren-Union, in denen sie wegen ihrer unverzichtbaren Bedeutung himmelhoch gepriesen wird, sollte man folglich in Zukunft besser der Wirklichkeit anpassen und entsprechend anders formulieren, oder am besten es ganz lassen.

An ihrer Stelle erhielten dagegen die Stars der öffentlichen Wahrnehmung mit ihrer Wahl in die Bundesversammlung zusätzlich politische Weihen, die als Teil des Glanzes auch den berufenen „Realpolitikern“ Kollateralruhm verschaffen und gewiss deren himmelhoch jauchzende Hoffnung nähren, ihre Wahlkämpfe demnächst mit Hilfe ihrer neuen politischen Freunde sogar noch bühnenreif inszenieren zu können. Die Wähler zittern bereits vor Erwartungsfreude!

Jedenfalls war es töricht, politisch unklug und strategisch ein Fehler – zumindest in einem großen Landesverband –, die Senioren-Union erstmalig in ihrer Geschichte aus der Bundesversammlung herauszuhalten. Selbst einem Klippschüler der politischen Wissenschaften ist bewusst, dass es schon wegen der objektiven Wertigkeit und Zahl der Senioren eine Riesendämelei ist, zu meinen, es reiche, ihnen Plätze als Politzaungäste zu reservieren. So etwas läuft schief, und zwar gewaltig. Warum hat man zu gegebener Zeit nicht wenigstens einmal mit der Senioren-Union darüber gesprochen? Diese Frage hat nichts mit einem Lamento zu tun, gewiss aber mit normalen Umgangsformen, der Ratio und dem Wahlerfolg der CDU. Wenn dann auch noch die Oberordneten der übrigen CDU-Vereinigungen – mit teilweise erheblich weniger Mitgliedern als die Senioren-Union – die kurz zuvor vielbeschworene „Gemeinschaft der Vereinigungen der CDU“ einzig eigenen Interessen unterordneten nach dem Motto „Jeder ist sich selbst der Nächste“ und keine Frage gestellt haben, warum die Senioren-Union in der Bundesversammlung nur auf der Zuschauertribüne landete, dann bekommt die „Gemeinschaft der Vereinigungen“ jedenfalls für die Senioren-Union ein anderes und sehr leichtes Gewicht.

Sei's drum: Im Parteienvergleich gehören die älteren Wähler zur treuesten Stammtruppe der CDU. Auf diesen Erfahrungsschatz und nicht auf den Eigennutz bestimmter Netzwerker sollte die Union bauen und mehr Ältere als Berater und Mitmacher gewinnen. Senioren stehen zu ihren Kindern und Enkeln, die ihnen vertrauen und deren Rat sie suchen, allein deshalb ist die Sorge vor egoistischen Verteilungskämpfen mit der demographischen Keule und einem Krieg der Generationen absolut abwegig. Dass die wachsende Zahl der Senioren mehr politische Mitsprache in Parteien verlangt, weil ihre Interessen unmittelbar berührt sind, ist mehr als verständlich und deshalb keine unbotmäßige Forderung. Leider haben die Älteren mit Bescheidenheit und Zurückhaltung innerhalb der Parteiengremien nur begrenzten Erfolg gehabt. Es ist natürlich, wenn in der Senioren-Union der Ruf nach einem selbstbewussten Auftreten lauter wird. Zukunftsorientierte Politik muss die Arbeit nicht nur für, sondern mit den Älteren sein.

Es bleibt dabei, für die Senioren-Union gilt das uneingeschränkte Bekenntnis zur Bundeskanzlerin Angela Merkel und zum Programm der Union. Die CDU ist die erfolgreichste Volkspartei der europäischen



Nachkriegsgeschichte und hat wie keine andere Partei die europäische Einheit als Friedensmodell und als Garant der persönlichen und wirtschaftlichen Freiheit erfolgreich erkämpft und verteidigt und damit unserem Land zu einem von aller Welt bestaunten Aufschwung verholfen. Dazu hat ganz maßgeblich jene Generation beigetragen, die sich heute in der Senioren-Union wiederfindet. Ihre Mitglieder werden es nicht zulassen, dass ihre über 70 Jahre geleistete Aufbauarbeit für Europa und ihr Vaterland nationalistischen Hasardeuren zum Opfer fällt. Sie steht für diese Pflicht weit mehr, als sich viele Jüngere im Lande ausdenken können. Pflichten der Älteren verlangen deren Mitsprache, daran muss sich die sogenannte moderne Gesellschaft gewöhnen.

Was die Besetzung der Bundesversammlung anbelangt, überlassen wir unseren Ärger über ihre Zusammensetzung der Vergangenheit. Sicher ist nur, dass es eine Wiederholung so nicht mehr geben wird. Und an zukünftigen Koalitionsverhandlungen wird die Senioren-Union diesmal teilnehmen, und Vertreter in die Gremien der Europäischen Volkspartei entsenden wird sie auch. Jede Wette! Und noch eins, bevor es in Vergessenheit gerät: Ihre Option, in Zukunft eine „Gruppe der Älteren“ in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu fordern, wird sie aufrechterhalten, warum auch nicht, wenn alle übrigen Vereinigungen seit Jahren ihre Gruppe für unentbehrlich halten.

Prof. Dr. Otto Wulff
Bundesvorsitzender der Senioren-Union
der CDU Deutschlands

Die Wertigkeit der Älteren:

Geht ein Potenzial verloren?

Sie sind viele – und in keiner anderen Altersgruppe ist die Wahlbeteiligung höher als bei den Senioren. Schließlich gaben bei der letzten Bundestagswahl 2013 immerhin 75 Prozent der über 60-Jährigen ihre Stimme ab. Schon deshalb wären die Parteien im Prinzip gut beraten, die Alten in ihre Entscheidungen eng einzubinden und repräsentativ an politischen Prozessen zu beteiligen. Die Realität aber sieht leider anders aus.

Sie sind viele – und in keiner anderen Altersgruppe ist die Wahlbeteiligung höher als bei den Senioren. Schließlich gaben bei der letzten Bundestagswahl 2013 immerhin 75 Prozent der über 60-Jährigen ihre Stimme ab. Schon deshalb wären die Parteien im Prinzip gut beraten, die Alten in ihre Entscheidungen eng einzubinden und repräsentativ an politischen Prozessen zu beteiligen. Die Realität aber sieht leider anders aus.

Dass das Potenzial der Älteren auch in der CDU sträflich unterschätzt wird, zeigt sich nicht nur in deren spärlicher Vertretung auf den Landeslisten für Bundestag und Landtage. Auch auf der Bundesversammlung zur Wahl des neuen Bundespräsidenten im Februar 2017 fanden führende Repräsentanten der Senioren-Union keinen Platz mehr. Obwohl der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Otto Wulff, seit 1969 die Bundespräsidenten mitgewählt hatte, sah der Landesvorstand der NRW-CDU zuletzt keine Veranlassung, Wulff für einen der 34 Plätze des Landesverbandes in der Bundesversammlung zu nominieren. Auch Senioren-Bundesvize Leonhard Kuckart darf diesmal in Berlin nicht über das höchste Amt im Staate mitbestimmen.

Dies wirft die Frage auf, welche Wertigkeit die Senioren eigentlich in der CDU genießen. In Wahlkämpfen sind die Alten als umtriebige Helfer an Ständen und Haustüren hoch willkommen. Geht es aber um die politische Repräsentanz in den Gremien, werden die Älteren weitgehend ausgemustert. Wie die Vorstände der Senioren-Union ihren engagierten Mitgliedern erklären sollen, dass ihre Kompetenz in der Partei wenig gefragt ist, bleibt ein Rätsel. Zukunftsorientierte Politik muss eine Arbeit nicht nur für, sondern auch mit den alten Menschen sein. Bereits im Jahr 2030 werden mehr als 35 Prozent der Bevölkerung älter als 65 Jahre sein. Da wäre es allein aus strategischen Gründen politisch nicht unklug, die Wertigkeit und Kompetenz der Älteren stärker im politischen Alltag hervorzuheben. Dumm wäre es hingegen, anderen Parteien dieses Feld in der Konkurrenz um Wählerstimmen großzügig zu überlassen. Im Parteienvergleich sind die Wähler der CDU/CSU die ältesten. Auf diesen Erfahrungsschatz sollte die Union bauen und mehr Ältere als Berater und Mitmacher gewinnen. Die meisten Rentner haben Kinder und Enkel: Allein deshalb ist die Sorge vor einer Übermacht der Alten, die ohne Rücksicht auf nachfolgende Generationen nur noch die eigenen Interessen durchsetzen, völlig unbegründet. Dass die wachsende Zahl der Senioren aber mehr politische Mitsprache in Parteien verlangt, weil ihre Existenz unmittelbar berührt ist, müsste eigentlich für alle nachvollziehbar sein. Politik muss Gegenwart und Zukunft gestalten: Dazu braucht es Erfahrung und Engagement. Nicht nur, aber sicher auch von den Senioren. ■

Der Autor:
Wilfried Goebels,
freier Autor, war mehr
als drei Jahrzehnte
Landeskorrespondent
der Westdeutschen
Allgemeinen Zeitung
(WAZ) in Düsseldorf.



Eine übermäßige Vergrößerung des Deutschen Bundestages muss vermieden werden, die Frage ist nur, wie dies verfassungsgemäß und minimalinvasiv, also mit dem geringstmöglichen Eingriff, geschehen könnte. Dabei darf aber auch nicht aus den Augen verloren werden, dass das aktuell geltende Wahlrecht nicht zuletzt auf die Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts zugeschnitten wurde. Das Bundesverfassungsgericht hat in den letzten zehn Jahren dem Gesetzgeber einen immer engeren Rahmen gesetzt, indem es von 2008 bis 2012 zwei Wahlrechtsmodelle für verfassungswidrig erklärt hat.

Anlass für die erste Wahlrechtsreform war die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 2008. Damals hatte es dem Gesetzgeber aufgegeben, den Effekt des sogenannten negativen Stimmgewichts zu beseitigen. Dieser bedeutet, dass im damals geltenden Wahlrecht die Situation auftreten konnte, dass ein Mehr an Zweitstimmen für eine Partei dazu führen kann, dass diese im Ergebnis weniger Sitze erhält, oder umgekehrt, dass weniger Zweitstimmen zu einem Zuwachs an Sitzen für diese Partei führen können. Dadurch werde der Wille des Wählers in sein Gegenteil verkehrt. Auf der Grundlage dieser Rechtsprechung und Definition des negativen Stimmgewichts hatte die damalige Koalition ein Gesetz beschlossen. Dieses Gesetz ist Ende 2011 in Kraft getreten.

Im Urteil des Bundesverfassungsgerichts von Juli 2012 hat das Gericht an der Zulässigkeit der personalisierten Verhältniswahl festgehalten, aber das Gesetz von 2011 in Teilen für verfassungswidrig erklärt. Ebenso hat es die damals eingeführte grundsätzliche Gliederung des Wahlgebiets in Sitzkontingente gebilligt. Allerdings darf die Zuteilung der Sitze nicht nach Wählern erfolgen, sondern muss sich nach der Bevölkerungszahl oder der Zahl der Wahlberechtigten richten. Zudem wurde das ausgleichslose Anfallen von Überhangmandaten für verfassungswidrig erklärt, soweit diese in einem Umfang anfallen, dass der Grundcharakter der Bundestagswahl als Verhältniswahl aufgehoben würde.

Das politische Ergebnis dieses Bundesverfassungsgerichtsurteils von 2012 ist das Wahlrecht, wie wir es heute kennen und wie es bei der Bundestagswahl 2013 erstmalig zur Anwendung kam. So war diese zweite Reform innerhalb kurzer Zeit ein Kompromiss des Kompromisses, denn sie

Kein Geringerer als Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert hat vorgeschlagen, den Bundestag zu verkleinern. Doch geht das überhaupt? Ein Beitrag von Dr. Stephan Harbarth, dem stellv. Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied im CDU-Bundesvorstand.

musste den inzwischen immer enger gezogenen Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts genügen. Dies bedeutete: kein negatives Stimmgewicht, nur eingeschränkte Anzahl von ausgleichslosen Überhangmandaten zulässig, nämlich nicht mehr als 2,5 Prozent der Gesamtzahl des jeweils aktuellen Deutschen Bundestages oder über den Daumen gepeilt 15 Überhangmandate. Darüber hinaus hatte das Gericht eine normenklare und verständliche Regelung sowie einen möglichst breiten Konsens der Fraktionen angemahnt. Die Fraktionen hatten zudem den Ansatz, mit einem möglichst minimalinvasiven Eingriff das bewährte personalisierte Verhältniswahlrecht zu erhalten.

Eine Eigenschaft unseres aktuellen Wahlrechts ist, dass es die Bundestagsgröße nicht garantiert. Der Bundestag kann da-

Wahlrechtsreform:

Die parlamentarische erfordert ein **arbeitsfähig**

mit je nach Wahlergebnis ein wenig oder auch erheblich größer als die gesetzlich vorgesehenen 598 Mitglieder sein. Zuletzt wurde allen voran vom Bundestagspräsidenten befürchtet, dass der nächste Bundestag 700 oder sogar mehr Abgeordnete haben könnte. Dabei muss aber auch beachtet werden, dass nicht nur Überhangmandate der Auslöser für eine Vergrößerung des Bundestages sein können, sondern auch föderale Verzerrungen. Allein von einer künftig möglichen Anzahl von Überhangmandaten auf eine erhebliche Vergrößerung des Bundestages zu schließen ist also nicht immer zwingend zutreffend.

Ein Bundestag, der mehr als 700 Abgeordnete hat, muss unbedingt verhindert wer-

den. Der Bundestagspräsident will das aktuelle Wahlrecht beibehalten, hat aber eine Deckelung des Ausgleichs und damit der Abgeordnetenzahl bei 630 vorgeschlagen. Mit einer solchen Deckelung wäre die Zahl der Abgeordneten klar nach oben begrenzt. Eine Deckelung hat den Charme, dass die Zahl der Abgeordneten nicht aus dem Ruder laufen kann. Aber mit der Deckelung würden alle Probleme, die durch den Ausgleich vermieden werden, wieder auftreten: Überhangmandate, negatives Stimmgewicht, föderale Verzerrung. Daher wäre eine Deckelung – egal, bei welcher Zahl – durch eine Grundgesetzänderung zu flankieren.

Das Bundesverfassungsgericht hat auch die Option gelassen, dass es rund 15 Über-





Demokratie es Parlament

hangmandate geben darf. Wenn wir das Bundesverfassungsgericht beim Wort nehmen und 15 Überhangmandate unausgeglichen ließen, würde das bereits eine erhebliche Einsparung an Ausgleichsmandaten bedeuten, und der Bundestag wäre erheblich kleiner. Die reflexhafte Abwehr der SPD ist angesichts des möglichen Einspareffekts und der ausdrücklichen Absegnung durch das Bundesverfassungsgericht unverständlich. Es ist auch nicht so, dass immer nur CDU/CSU von Überhangmandaten profitiert hat. In den Jahren 1998 (SPD: 13, Union: 0), 2002 (SPD: 4, Union: 1) und 2005 (SPD: 9, Union: 7) sah das bei der SPD auch noch ganz anders aus. Statt über ihren Schatten zu springen, hatte die SPD in der Auftaktsitzung der Ko-

alitionsarbeitsgruppe Wahlrecht einen Vorschlag zur Neuberechnung der Sitzkontingente pro Land gemacht. Künftig sollte nicht mehr wie bisher die Bevölkerungszahl maßgeblich sein, sondern die Zahl der Wähler, die Parteien gewählt haben, die die 5-Prozent-Hürde übersprungen haben. Aber auch der SPD-Vorschlag begegnet gravierenden verfassungsrechtlichen Bedenken, denn das Bundesverfassungsgericht hat 2012 die Anknüpfung an die Wahlbeteiligung für die Bestimmung der Sitzkontingente für verfassungswidrig erklärt. Zudem haben Berechnungen des Bundeswahlleiters gezeigt, dass dieser Vorschlag in manchen Fällen sogar noch zu einer Vergrößerung des Bundestages im Vergleich zum geltenden Wahlrecht führen kann. Das Ziel einer zuverlässigen Begrenzung hat er also klar verfehlt. Diese Beispiele zeigen, dass eine Wahlrechtsreform kein einfaches Unterfangen ist. Da aber niemand wissen kann, wie der Wähler 2017 entscheidet und welche Faktoren dann möglicherweise für eine Vergrößerung des Bundestages eine Rolle spielen können, ist dieses Unterfangen aller Mühen wert.

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist maßgeblich, dass das geltende Wahlrecht einen Deutschen Bundestag mit 598 Mandaten vorsieht, die je zur Hälfte über die Ergebnisse in den Wahlkreisen und über die Landeslisten der Parteien vergeben werden. Daran muss sich aus unserer Sicht jede Mandatsverteilung orientieren. Deshalb treten wir auch dafür ein, dass der im aktuellen Wahlrecht angelegte Ausgleich der Überhangmandate begrenzt wird. Auf der Grundlage des Vorschlags des Bundestagspräsidenten, der vorsieht, dass die Gesamtzahl der Mandate 630 nicht übersteigen soll, werden wir weiterhin mit den anderen Fraktionen im Gespräch bleiben. Aus unserer Sicht sollten, um den Ausgleichsbedarf etwas zu reduzieren, unausgeglichene Überhangmandate innerhalb der verfassungsrechtlichen Grenzen möglich sein. Wir wären zudem auch bereit, künftig die Grundzüge des Wahlrechts im Grundgesetz zu verankern.

Unser Ziel ist es, dem Risiko eines zu starken Anwachsens des Deutschen Bundestages einen wirksamen Riegel vorzuschieben. Daher wird sich die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag auch weiterhin mit allen Mitteln dafür einsetzen, dass der Bundestag nicht aus allen Nähten platzen wird. ■

Senioren-Union für kleineren Bundestag

Auch die Senioren-Union (SU) will eine Verkleinerung des Bundestags bereits nach der nächsten Bundestagswahl 2017. Dafür müsse eine Wahlrechtsreform umgehend beschlossen und für die neue Wahlperiode umgesetzt werden. Der CDU-Bundesparteitag in Essen hatte einem Antrag der Thüringer CDU für eine Verkleinerung des Parlaments mit großer Mehrheit zugestimmt. SU-Chef Professor Wulff äußerte die Sorge, dass die Reformpläne trotz jahrelanger Beratungen wieder auf die lange Bank geschoben werden könnten. „Hohe Mehrkosten für ein zu großes Parlament und eine mangelnde Arbeitsfähigkeit durch zu viele Abgeordnete sind für den Bürger nicht hinnehmbar“, mahnte Wulff. Eine Wahlrechtsreform müsse sicherstellen, dass die Zahl der Sitze mit Überhang- und Ausgleichsmandaten nicht wesentlich über der gesetzlichen Anzahl von 598 liege. Derzeit verfügt der Bundestag über 630 Abgeordnete, obwohl das Hohe Haus nur auf 600 Plätze ausgelegt ist.

Der Bund der Steuerzahler verpflichtet bei. Motto: Den XXL-Bundestag verhindern! Seine Online-Petition haben über 110.000 Bürger unterzeichnet.

Der Autor:
Dr. Stephan Harbarth ist stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied im CDU-Bundesvorstand.



Christian Freiherr von Stetten

Herr von Stetten, auch Sie haben sich bereits für eine Verkleinerung des Parlaments ausgesprochen. Was sind Ihre Beweggründe?

Das am 21. Februar 2013 im Deutschen Bundestag beschlossene neue Wahlrecht war eine Fehlentscheidung. Aus dem gleichen Grund, warum ich damals gegen das Gesetz gestimmt habe, werbe ich jetzt für eine Änderung des Gesetzes noch vor Ende der laufenden Wahlperiode. Nur das knappe Scheitern von FDP und AfD bei der letzten Bundestagswahl 2013 haben ein Wachsen des Parlamentes auf über 700 Abgeordnete bisher verhindert.

Alle Umfragen sagen uns, dass im nächsten Deutschen Bundestag sieben Parteien (inkl. CSU) vertreten sein werden. CDU und CSU können trotz eines prognostizierten Wahlergebnisses von unter 35% mit mindestens zwei Drittel der direkt gewonnenen Wahlkreise rechnen. Dies führt aufgrund der fehlenden Länderverrechnung zu einer erheblichen Anzahl an Überhangmandaten im Süden und Osten der Bundesrepublik. Wenn diese Überhangmandate jetzt in den anderen Bundesländern und den anderen Parteien ausgeglichen werden, führt dies zu über 700 Abgeordneten im Deutschen Bundestag. Nicht nur, dass Überhangmandate der Union bei den politischen Konkurrenzparteien zu zusätzlichen Mandaten führen, auch die CDU im Norden wird durch Überhangmandate der Union im Süden zusätzliche Abgeordnete in den Deutschen Bundestag schicken können.

Aus gutem Grund geht der Gesetzgeber von einer Regelgröße von 598 Abgeordneten (die Hälfte direkt gewählt aus den Wahlkreisen und die Hälfte über die Landeslisten der Parteien) aus. Wenn dieses ausgeglichene Verhältnis aus direkt gewählten und über die Landeslisten entsandten Abgeordneten zugunsten der von den Parteiführungen in der Regel ausgehandelten Parteilisten verschoben wird, gibt dies den Parteizentralen einen zusätzlichen Machtgewinn bei der Durchsetzung ihrer politischen Interessen.

Wie viele Mitstreiter haben Sie inzwischen?

Ich bin fest davon überzeugt, die Mehrheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion möchte

Christian Freiherr von Stetten, CDU-MdB, Mitglied des Finanzausschusses, direkt gewählter Abgeordneter des Bundestagswahlkreises Schwäbisch Hall-Hohenlohe, Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



eine Mandatsobergrenze noch in dieser Legislaturperiode verabschieden. Allerdings glaube ich nicht, dass sich die Koalitionsfraktionen noch vor der nächsten Wahl auf einen gemeinsamen Gesetzentwurf verständigen werden. Vor allem die Fraktionsspitze der SPD verweigert sich einem Kompromiss und nimmt eine Aufblähung des Deutschen Bundestages bewusst in Kauf. Sollten die Verhandlungen scheitern, erwägen zahlreiche Kollegen einen Gruppenantrag zu formulieren und im Deutschen Bundestag zur Abstimmung zu stellen. Da dieses Verfahren vom Koalitionsvertrag nicht gedeckt ist, könnte dies natürlich das Ende der Großen Koalition in Berlin bedeuten. Aufgrund der staatspolitischen Verantwortung, die wir als Parlamentarier tragen, würde ich dieses Risiko eingehen und einen entsprechenden Antrag im Bundestag mit formulieren.

Kann man von einem weniger aufgeblähten Parlament auch qualitativ bessere Arbeit erwarten?

Die Anzahl von ca. 600 Abgeordneten ist völlig ausreichend. Die Arbeitskreise und Ausschüsse arbeiten gut und effektiv zusammen. Es gibt kein Thema, das zu kurz kommt. Darüber hinaus besteht ausreichend Zeit, die an uns gestellten Bürgeranfragen zu bearbeiten.

Bereits bei unserer jetzigen Größe müssen zahlreiche Bundestagsreden zu Protokoll gegeben werden, da trotz einer angemessenen Anzahl von Sitzungswochen nicht ausreichend Zeit zur Verfügung steht, die Reden im Plenum auch zu halten. Weitere über 100 Abgeordnete würden neue, umständlichere und kostenintensivere Strukturen hervorrufen, ohne, dass eine qualitative Verbesserung erkennbar wäre.

Was muss jetzt passieren, damit die notwendige Wahlrechtsreform noch vor der Bundestagswahl im September greift?

Es muss genügend mutige Abgeordnete geben, die bereit sind, über einen Gruppenantrag die Gesamtheit des Bundestages zu einer Diskussion und zu einer Abstimmung zu zwingen. Vorher ist es notwendig, dass der Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dem Ansinnen zur Stellung eines solchen Gruppenantrages positiv gegenübersteht und den potentiellen Antragstellern keine Steine in den Weg legt. Noch haben wir ausreichend Zeit, die Mandatsanzahl noch vor der Sommerpause zu begrenzen. Wir waren in der Lage, innerhalb einer Woche sämtliche systemrelevanten Banken Europas zu retten. Es ist also nur eine Frage des Willens, nicht des Könnens.

Wie ist das eigentlich im internationalen Vergleich? Leisten sich andere Nationen ähnlich große Parlamente?

Wir sind jetzt bereits eines der größten Parlamente der Welt und das obwohl der Steuerzahler noch 16 weitere Parlamente auf Landesebene mit Abgeordneten und den dazugehörigen Abgeordneten finanziert. Eine weitere Vergrößerung ist deshalb nicht angebracht. ■

Unser Verständnis von innerer Sicherheit.



Innovative Fahrerassistenzsysteme unterstützen den Fahrer in kritischen Situationen, schon bevor es ernst wird. Denn wer Gefahren vermeiden will, muss sie vor allem rechtzeitig erkennen.



Volkswagen



Der Bundesvorsitzende der
Senioren-Union im Interview:



Die ältere Generation nicht nur in Sonntagsreden

Prof. Dr. Otto Wulff ist seit 2002 Bundesvorsitzender der Senioren-Union und seit 1996 Mitglied im Bundesvorstand der CDU. Ein politisches Urgestein also und engagierter Kämpfer für die Anliegen der älteren Generation. Souverän sprach mit ihm u.a. über Konzepte und Strategien für das so wichtige Wahlkampfjahr 2017.

Souverän: Herr Prof. Wulff, auf der Bundesdelegiertentagung der Senioren-Union im Oktober 2016 sind Sie mit der überwältigenden Mehrheit von 96,2 Prozent erneut zum Bundesvorsitzenden der Senioren-Union gewählt worden. Welche Schwerpunkte in der politischen Arbeit dieser Vereinigung der CDU wollen Sie in den kommenden Jahren setzen?

Prof. Dr. Otto Wulff: Ein Schwerpunkt der Senioren-Union wird die Sicherheitspolitik sein. Jeder Bürger muss sich ohne Gefahr im Lande bewegen und daheim in seinen vier Wänden gefahrlos wohlfühlen können.

Sie steht weiter für eine Politik, die sich gegen sozialistische Gängelei und Gleichmacherei wendet, die einen Niedergang der Wirtschaft und der sozialen Verhältnisse in unserem Lande herbeiführen würde. Die Älteren von heute haben – wie keine Generation zuvor – in den vergangenen 70 Jahren seit Kriegsende einen Staat aufgebaut, in dem der größte Teil der Menschen in wirtschaftlichem Wohlstand und in guten sozialen Verhältnissen leben kann. Diese Verhältnisse zu erhalten und weiter zu verbessern wird eine der vordringlichen Aufgaben der Senioren-Union bleiben.

In besonderer Weise liegt uns die europäische Einheit am Herzen. Wer in Europa als Nationalist neue Grenzen errichten oder Zölle erheben will, der muss wissen, dass mit einer solchen Politik nicht nur der soziale und wirtschaftliche Aufbau unseres Landes infrage gestellt wird, sondern mit neuen Grenzen auch neue Konflikte entstehen, die Europa und insbesondere Deutschland an Abgründe geführt haben. Das darf sich nicht wiederholen.

Auf der Bundesdelegiertenversammlung in Magdeburg forderten Sie mehr politische Mitverantwortung für die Senioren-Union. Hat die Stimme der älteren Generation entsprechendes Gewicht?

Leider nur bedingt. Die Älteren sind wie keine andere Generation politisch interessiert. Die Wahlbeteiligung zeigt, dass es vornehmlich die Älteren sind, die ihren demokratischen Pflichten nachkommen. Umso mehr wünsche ich mir von den Parteien, dass sie nicht nur in Sonntagsreden von den Erfahrungen und Erkenntnissen der Älteren reden, sondern sie auch folgerichtig und konsequent für die Politik nutzen. Eine immer älter werdende Bevölkerung wird es auf Dauer nicht hinnehmen,



einbeziehen

dass sie bei der Umsetzung ihrer Wahlentscheidung kaum beteiligt und vielfach außen vor gelassen wird.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, dieses Defizit konkret zu beheben?

Die Parteien müssen im eigenen Interesse erkennen, wie wichtig und umfassend der Erfahrungsschatz der Älteren im Tagesablauf ist, nicht zuletzt auch in der aktuellen Politik. Diese Einsicht muss geweckt und in der Alltagspolitik selbstverständlich werden. Die beste Versicherung für Wohlstand und soziale Sicherheit kann nur in einer Gemeinschaft von Jung und Alt Erfolg haben. Generationen gegeneinander auszuspielen oder eine zu vernachlässigen heißt, den Ausgleich unter den Generationen zu gefährden und den Staat in Gefahr zu bringen. Die Älteren brauchen die Jüngeren, wie die Jüngeren die Älteren brauchen, schon deshalb müssen beide gleichwertig und gleichgewichtig an der Gestaltung der Politik für alle Generationen beteiligt werden.

Die nächste große Herausforderung für die CDU und auch die Senioren-Union ist die anstehende Bundestagswahl. Welche Themen werden

Ihrer Meinung nach den Wahlkampf bestimmen? Welche Schwerpunkte wird die Senioren-Union hier setzen?

Ganz natürlich setzt die Senioren-Union, wie schon der Name vermuten lässt, auf die Sicherung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der älteren Generation. Sie weiß aber auch, dass Wohlstand und Freiheit nur im Rahmen einer zuverlässigen Sicherheitspolitik garantiert werden können. Mit Nachdruck wehrt sie sich gegen alle Einflüsse, die unsere Sicherheit bagatellisieren oder gar verniedlichen.

Im Bereich der Inneren Sicherheit hat sich beispielsweise gezeigt, dass die Videoüberwachung in bestimmten öffentlichen Bereichen ganz wesentlich zur Verhinderung und Aufklärung von Verbrechen beitragen kann. Die Senioren-Union wird sich deshalb für einen angemessenen Ausbau dieser Technik einsetzen.

Besonders wichtig erscheint uns aber, dass wir uns als eine von der großen Friedensidee eines vereinten Europas überzeugte Generation mit ganzer Kraft für eine Politik einsetzen, die der Sicherheit Europas dient. Sicherheit bleibt Voraussetzung für den Wohlstand in einem geeinten Europa.

Dieser Grundsatz ist ehernes Gesetz der Senioren-Union. Folglich wird sie sich mit all ihren Kräften bei den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern dafür einsetzen, die Union zu wählen als Garantie für Frieden und Freiheit in einem vereinten Europa.

Eine letzte, eher private Frage: Sie haben seit den 1960er Jahren in der CDU die verschiedensten Aufgaben übernommen. Was hat Sie zu dieser langen politischen Karriere motiviert, welche Grundüberzeugungen stecken dahinter?

Zum einen Patriotismus, zum anderen, weil ich als junger Mensch erlebt habe, was Diktatur bedeutet und wie verhängnisvoll sie sich auf die eigene Familie ausgewirkt hat. Mein Vater hat zu jenen gehört, die unmittelbar nach Kriegsende die CDU mitgegründet haben. Ich bin ihm bereits 1953 gefolgt und nun 64 Jahre Mitglied der erfolgreichsten Volkspartei in der europäischen Nachkriegsgeschichte. Neben Enttäuschungen habe ich auch viel Freude an der Politik gehabt, mit Gleichgesinnten für eine gute Sache zu kämpfen. Vieles hat sich gelohnt, wofür ich Dankbarkeit empfinde. ■

„Es ist **für jeden** mehr übrig“



Von der allmählichen Verödung ländlicher Räume über die Sicherung künftiger Renten bis zum problematischen Mangel an Fachkräften – die niedrige Geburtenrate in Deutschland muss für viele Probleme als Sündenbock herhalten. Dr. Hannes Weber, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie an der Universität Tübingen, hat eine andere Sicht auf das Thema ...



Die demographische Entwicklung in Deutschland wird zumeist unter dem Blickwinkel der Risiken gesehen. Gibt es nicht auch Chancen?

Doch, einige Ökonomen sagen sogar, dass der Pro-Kopf-Wohlstand steigt, wenn die Kinderzahl niedrig ist und die Bevölkerung leicht zurückgeht. Das hat verschiedene Gründe. Zum einen können Frauen, die später und weniger Kinder bekommen, in der Regel mehr Zeit und Geld in die eigene Ausbildung investieren. Deshalb geht eine niedrigere Geburtenrate meist mit höherem Humankapital und damit größerer Produktivität der Elterngeneration einher. Diese entwickelt innovative Technik oder bringt die medizinische oder naturwissenschaftliche Forschung voran, was sich im Wohlstand einer Gesellschaft niederschlägt. Natürlich können es auch Mütter und Väter von fünf oder sechs Kindern – bewundernswerterweise – zu Bildung und Karriere bringen, aber das ist eher die Ausnahme. Die ostasiatischen Staaten wie Südkorea und Singapur haben wahrscheinlich deshalb so enorm wirtschaftlich aufgeholt, nachdem die Geburtenrate dort binnen kurzer Zeit auf europäisches Niveau sank. Das soll nicht heißen, dass es wünschenswert ist, wenn wie in Deutschland viele Akademikerinnen gänzlich kinderlos bleiben. Andere Länder sind uns da bei der Vereinbarkeit von Kindern und Beruf immer noch voraus.

Außerdem verteilen sich bei einer leicht abnehmenden Bevölkerung die vorhande-

nen öffentlichen Güter auf weniger Köpfe, es ist also für jeden mehr übrig. Denken Sie etwa an die Verkehrs-Infrastruktur, an natürliche Ressourcen oder auch an den öffentlichen Wohnungsbau. Auf dem Arbeitsmarkt rücken weniger junge Menschen nach, als ältere ausscheiden – das ist für die Unternehmen natürlich ein Problem, aber für die Arbeitnehmer bieten sich dadurch bessere Beschäftigungschancen und Löhne. Man muss vor allem sehen, dass die Folgen eines Bevölkerungsrückgangs nicht von allen gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen bewertet werden: Immobilienbesitzern und Investoren gefällt es naturgemäß nicht, wenn Nachfrage und Preise für Wohnraum sinken, aber aus Sicht von Mietern oder Familien, die sich ein Eigenheim wünschen, sollte das anders aussehen.

Eine tendenziell abnehmende Bevölkerung geht doch zumindest tendenziell auch mit einer abnehmenden Umweltbelastung (Verkehr, Flächenverbrauch etc.) einher. Müsste dies nicht auch in die Abwägungen einfließen?

Das könnte man schon so sagen, und Umwelt- und Klimaschutz stehen ja im Moment weit oben auf der politischen Agenda. Deutschland verbraucht heute jährlich ein Vielfaches dessen an natürlichen Ressourcen, was auf der Landesfläche regeneriert wird. Jeden Tag wird eine Fläche so groß wie 100 Fußballfelder neu bebaut, Natur und Artenvielfalt gehen stetig zu-

rück. Trotzdem herrscht in den Städten Wohnungsnot, und der durchschnittliche Kölner oder Stuttgarter verbringt jährlich 80 Stunden und damit rund zwei Wochen Arbeitszeit im Stau.

Um das alles zu ändern, reicht es sicherlich nicht, darauf zu hoffen, dass die Bevölkerungszahl in Zukunft leicht zurückgehen könnte. Natürlich spielt vor allem auch der Pro-Kopf-Verbrauch an Energie oder Wohnraum eine Rolle. Dieser stieg in den vergangenen Jahrzehnten an, obwohl die Bevölkerungszahl sich kaum änderte. Wichtig wären also Fortschritte bei Energieeffizienz oder intelligenteren Verkehrskonzepten. Aber klar ist, dass der Anstieg bei Verkehr oder Landschaftszersiedelung noch viel stärker ausgefallen wäre, wenn es keinen Geburtenrückgang gegeben hätte und wir heute 100 Millionen Einwohner hätten. Durch eine leichte Abnahme der Bevölkerungsdichte würde es etwas einfacher werden, konkrete Umwelt- und Klimaziele zu erreichen. Das sieht man

ganz aktuell beispielsweise daran, dass unter dem Druck des momentanen Bevölkerungswachstums der Wohnungsneubau so stark wie seit Jahrzehnten nicht mehr ausfällt (und dennoch nicht ausreicht, den Bedarf zu decken). Die ursprünglichen Pläne der Regierung, das Wachstum der Siedlungs- und Verkehrsflächen auf Kosten der „grünen Wiese“ einzudämmen, sind demgegenüber zurückgetreten.

Was ist von dem Argument zu halten, dass der demographische Wandel in den kommenden Jahrzehnten einen Arbeitskräftemangel zur Folge haben wird?

Das lässt sich noch nicht mit Sicherheit sagen. Auf der einen Seite werden in vielen Berufszweigen mehr Erwerbstätige in den Ruhestand ausscheiden, als junge Menschen nachrücken. Das kann zu Engpässen führen, etwa bei der Zahl der Ärzte in ländlichen Gebieten. Andererseits verändern sich die Berufsbilder, und nicht überall wird der Arbeitskräftebedarf konstant bleiben.

Beispielsweise ist die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft seit 1950 um fast 90% gesunken, trotzdem leiden wir nicht an Hunger infolge eines Bauernmangels. Heute werden vor Weihnachten händierend Paketzusteller gesucht, aber wie wird das in zehn Jahren sein? Vielleicht tragen dann Drohnen Briefe aus, LKWs fahren selbstständig, und an der Supermarktkasse werden die Waren automatisch gescannt.

Vieles spricht dafür, dass wir dann weniger, aber besser qualifizierte Arbeitskräfte brauchen. Dann ist die Fixierung auf eine bestimmte Zahl oder ein bestimmtes Verhältnis, das unbedingt konstant gehalten werden muss, falsch. Schon heute haben wir die paradoxe Situation, dass es jedes Jahr Tausende Schulabgänger ohne Perspektive gibt, Millionen Langzeitarbeitslose und Familien, die von Hartz 4 leben, und trotzdem bleiben Ausbildungsplätze und Arbeitsstellen unbesetzt. An der reinen Zahl der Menschen mangelt es also offenbar ►

Anzeige

Immobilien-Leibrente:

Besser leben im eigenen Zuhause

Die eigene Immobilie ist nach Überzeugung der meisten Bundesbürger die beste Form der Altersvorsorge. Doch für viele Senioren stellt sie Fluch und Segen zugleich dar. Ein Segen, weil sie mietfreies Wohnen in der vertrauten Umgebung ermöglicht, ein Fluch, weil oft fast das gesamte Vermögen in der Immobilie gebunden ist und nicht darauf zugegriffen werden kann. Steigende Ausgaben beispielsweise für Gesundheit und Pflege können deshalb nur schwer finanziert werden.

Der Weg zu einer sogenannten „Rente aus Stein“ führt über eine Immobilien-Leibrente. Hierbei verkaufen die Senioren ihr Haus oder ihre Wohnung. Sie bekommen im Gegenzug eine monatliche Leibrente und ein mietfreies Wohnrecht – beides lebenslang garantiert. „Sowohl das lebenslange Wohnrecht als auch die Leibrente werden notariell im Grundbuch verankert. Das bietet den Senioren ein Höchstmaß an Sicherheit. Sie geben die Kontrolle über ihr

Haus trotz Verkauf zu Lebzeiten nie auf und haben sprichwörtlich immer die Hand darauf“, sagt Friedrich Thiele, Vorstand Deutsche Leibrenten.

Das Modell eignet sich sowohl für Paare als auch für Alleinstehende ab 70 Jahren. Die statistische Lebenserwartung wird bei Vertragsschluss berücksichtigt: je älter der Eigentümer, desto höher auch die Rentenzahlung. Ein 75-jähriges Paar könnte zum Beispiel rund 650 Euro zusätzliche Leibrente erwarten, wenn ihr Haus von einem unabhängigen Sachverständigen mit 250.000 Euro bewertet wird. Zusammen mit dem Wert des Wohnrechts in Höhe von 800 Euro ergäbe sich ein monatlicher Vermögenswert von 1.450 Euro.

Die Leibrente wird auch vom Bundesverband Initiative 50plus empfohlen. „Mit der Immobilien-Leibrente können Senioren das in der eigenen Immobilie steckende Vermögen schon zu Lebzeiten optimal nut-



Deutsche Leibrenten/GordonGrand/fotolia

zen“, sagt Leibrenten-Experte Friedrich Thiele. Mehr Informationen, auch für ein eigenes Angebot, erhalten Sie unter **www.deutsche-leibrenten.de** oder unter der Nummer **069-949 856 10**. ■



nicht. Schauen Sie nach Südeuropa, dort gibt es den „demographischen Wandel“ ebenfalls. Dort ist aber fast die Hälfte der Jugendlichen ohne Arbeit. Wäre das ohne Geburtenrückgang, wenn die Zahl der jungen Menschen dort heute doppelt so groß wäre, besser? Wahrscheinlich eher im Gegenteil.

Stimmt es, dass es aufgrund der niedrigen Geburtenrate automatisch immer mehr Rentner geben wird?

Die absolute Zahl der Rentner hängt in erster Linie von der Lebenserwartung und dem gesetzlichen Renteneintrittsalter ab und wird durch die Geburtenrate der letzten 65 Jahre nicht beeinflusst. Ein heute 65-Jähriger lebt im Schnitt noch 21 Jahre. Das sind sieben Jahre mehr als noch vor 40 Jahren. Wenn es dagegen nach 1970 keinen „Pillenknick“ gegeben hätte, wäre die Rentnerzahl heute und bis 2035 genauso groß wie mit Geburtenrückgang. Was sich natürlich durch die niedrige Kinderzahl geändert hat, ist die relative Zahl der Rentner im Verhältnis zu den Erwerbstätigen: Es kommen weniger junge Menschen nach, als ältere aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Aber es hätte schon einer extrem und unrealistisch hohen Geburtenrate in den letzten Jahrzehnten bedurft, um die angesichts steigender Lebenserwartung größer werdende Seniorenzahl durch mehr Erwerbsfähige auszugleichen. Dann läge die Einwohnerzahl Deutschlands heute deutlich über 100 Millionen, was sicherlich andere Herausforderungen im Bereich Wohnen oder Arbeitsmarkt nach sich ziehen würde.

Letztendlich ist es eine zivilisatorische Er rungenschaft, dass wir im Schnitt länger leben, und das sollten wir uns meiner Meinung nach eben auch leisten wollen. Das Renteneinstieg salter pauschal für alle immer weiter zu erhöhen wäre zwar natürlich kostensenkend, aber moralisch fragwürdig den langjährigen Einzahlern gegenüber. Eine solche Forderung würde in anderen Bereichen mit Recht als absurd zurückgewiesen werden. Beispielsweise ist die Zahl der Empfänger von Hartz 4 oder anderen Formen der Grundsicherung trotz guter wirtschaftlicher Lage zuletzt auf acht Millionen angewachsen. Da sagt auch niemand: Da die Empfänger mehr werden, muss man eben ihre Leistungen oder ihre Bezugsdauer kürzen. Bei der Rente aber werden solche Mechanismen oft für alternativlos gehalten. Dabei ging der starke



Die ostasiatischen Staaten wie Südkorea und Singapur haben wahrscheinlich so enorm wirtschaftlich aufgeholt, nachdem die Geburtenrate dort binnen kurzer Zeit auf europäisches Niveau sank.

Anstieg bei den Sozialausgaben in den letzten Jahren und Jahrzehnten nur zu einem geringen Teil auf die Zunahme der Zahl der Rentner zurück. Das häufig gezeichnete Bild, dass durch den demographischen Wandel und den damit einhergehenden Anstieg der Seniorenzahl die Staatskassen kollabieren, ist also höchst zweifelhaft.

Können die Konsequenzen des demographischen Wandels durch Einwanderung vermieden oder zumindest abgemildert werden?

Kurzfristig kann Migration das Verhältnis von Erwerbstätigen zu Rentnern verbessern, weil die meisten Zuwanderer im Alter von 20 bis 30 Jahren nach Deutschland kommen. Die Voraussetzung dafür ist, dass es sich vornehmlich um eine Zuwanderung in den Arbeitsmarkt handelt und die Zahl der Leistungsempfänger dadurch nicht überproportional steigt. Dann kann eine Neuzuwanderung für eine gewisse Zeit die Staatskassen entlasten, was in anderen Ländern teilweise auch der Fall ist. Langfristig jedoch werden aus neuen Einwohnern natürlich auch neue Rentner, weshalb man später noch mehr Zuwanderer benötigen würde, um diesen neuerlichen Anstieg wieder auszugleichen. An der steigenden Lebenserwartung, die für die zunehmende Zahl der Senioren verantwortlich ist, ändert sich dadurch ja nichts.

Langfristig mildert Zuwanderung den Anstieg des Rentnerquotienten deshalb nur

minimal ab – die Vereinten Nationen haben schon im Jahr 2000 ausgerechnet, dass die aberwitzig hohe Zahl von 183 Millionen Einwanderern benötigt würde, um in Deutschland den Altenquotienten bis 2050 konstant zu halten. Kommt nur ein Zehntel davon, sind die Herausforderungen für deren Integration sicher groß, der Effekt auf die Rentnerquote ist dagegen gering. Forderungen nach einer vermeintlich einfachen Lösung der demographischen Herausforderung durch Zuwanderung sind daher kritisch zu sehen, zumal die Forschung schon seit Jahrzehnten darauf hinweist, dass das so nicht funktioniert.

Wird – wie vielfach prognostiziert – der ländliche Raum der Verlierer der demographischen Entwicklung sein?

In der Tat zeigen sich Alterung und Bevölkerungsrückgang im ländlichen Raum am stärksten. Das hat allerdings weniger mit dem demographischen Wandel an sich zu tun, denn Geburtenraten und Lebenserwartung sind auf dem Land und in der Stadt fast identisch. Da stecken vielmehr Bildungsexpansion sowie Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt dahinter. Im ländlichen Raum ist das Handwerk stark vertreten, teilweise noch die Landwirtschaft. Die heutigen Schulabgänger nehmen aber mehrheitlich ein Studium auf – dieser Anteil war vor 20 Jahren noch halb so hoch. Das heißt, dass immer mehr junge Menschen in Städte mit Hochschulangeboten ziehen – und nach dem Studium oft nicht mehr zurück aufs Land, weil es dort wenige Stellen als Physiker, Softwareentwickler oder Kunsthistoriker gibt.

Das bekommen natürlich die Ausbildungsbetriebe zu spüren, die immer weniger Bewerber haben, aber das ist bildungspolitisch so gewollt und weniger auf die demographische Entwicklung zu schieben. Dass in München oder Heidelberg die Menschen ausblieben oder die Hörsäle leerstünden, davon hat man schließlich noch nicht gehört. Liegt eine Gegend nicht in Pendelnähe zu einem größeren Wirtschafts- und Hochschulstandort, dann sehen junge Akademiker dort meist keine Zukunft für sich und ihre Familien. Wenn man dem Bevölkerungsschwund auf dem Land entgegenwirken will, sollte man also weniger danach fragen, wie dort mehr Kinder zur Welt gebracht oder Menschen gegen ihren Willen angesiedelt werden können, sondern vielleicht eher: Muss wirklich jeder studieren? ■

Für alle Souverän-
Leser 6 Wochen gratis!

Endlich da!

Die erste wirklich verständliche Bedienungsanleitung für Ihren PC

Unsicher am PC? Fragen über Fragen? Und keiner hilft Ihnen richtig weiter? Damit ist jetzt Schluss! Markus Hahner von der Initiative PC-Wissen für Senioren zeigt Ihnen die einfache Schritt-für-Schritt-Anleitung für Ihren Computer, auf die Sie schon so lange gewartet haben.

Stellen Sie sich vor:

- Nicht Sie fragen, wie man in Word ein Bild so einfügt, dass der Text ganz einfach drumherum fließt ..., sondern: SIE erklären es einem guten Freund!
- Nicht Sie fragen, wie man eine Vorlage so einscannet, dass sie direkt als versendbare PDF statt als Bild gespeichert wird ..., sondern: SIE erklären es einer Bekannten!
- Nicht Sie fragen, wie man eine ZIP-Datei sicher öffnet – und den Inhalt sofort in einem bestimmten Ordner ablegt – sondern: SIE erklären es Ihrem Nachbarn!
- Nicht Sie fragen, wie man Skype so einstellt, dass Ihre Kontakte jederzeit verfügbar sind ..., sondern: SIE erklären es Ihrem „technikverrückten“ Enkel!

„Klar, das hört sich gut an“, denken Sie vielleicht ... „Doch wie soll das möglich sein? Bei solchen technischen Computer-Themen winke ich meist schnell ab. Denn bislang bin ICH ja derjenige, der häufig fragen muss, wie so etwas funktioniert.“

Und machen wir uns nichts vor: Beim ersten Mal Fragen nimmt man sich noch hilfsbereit Zeit für Sie. Beim zweiten Mal kommt dann schon: „Ach, das ist doch ganz einfach, das müsstest du doch wissen ...“. Und spätestens beim dritten Mal denkt der andere: „Das habe ich doch letzte Woche schon mal erklärt ...“. Da traut man sich doch kaum mehr, überhaupt noch zu fragen! Und das ist ganz falsch. Denn erstens:

Es gibt keine dummen PC-Fragen! Und zweitens: Bisher gab es einfach keine vernünftige Anleitung, die einem den PC ohne Fachchinesisch und ohne unnötigen Technik-Firlefaner erklärt! Oder ha-



„Manchmal glaube ich, die Computer-Industrie hasst Senioren!“

ben Sie jemals eine echte Gebrauchsanleitung von Ihrem PC-Händler bekommen, wenn Sie sich einen neuen Computer gekauft haben?

„Es ist einfach unfassbar, dass die Hersteller ihre Milliarden in immer neue (oft unnütze) Software und Technik stecken – es aber nicht schaffen, eine wirklich EINFACHE Gebrauchsanleitung für Anwender beizulegen. Das Einzige, was sie mit ihren Neuerungen erreichen: dass wir uns wieder einmal vor dem Bildschirm unsicher und hilflos fühlen! Manchmal glaube ich, die Computer-Industrie hasst Senioren!“, sagt Markus Hahner, Gründer der Initiative *PC-Wissen für Senioren*.

Doch damit ist jetzt endlich Schluss! *PC-Wissen für Senioren* ist die Gebrauchsanleitung, auf die Sie schon so lange gewartet haben. Die speziellen Schritt-für-Schritt-Anleitungen sind in leicht verständ-

lichem, klaren Deutsch. Wir halten Sie auf dem Laufenden und sagen Ihnen, welche Anschaffungen wirklich sinnvoll für Sie sind. So sparen Sie sich teure Fehlkäufe. Weil Sie nicht auf jedes Werbeversprechen der Computer-Industrie hereinfallen.

Überraschen Sie ab jetzt Ihre Bekannten, Ihre Freunde und Ihre Familie. Alle werden sich fragen, wieso Sie sich plötzlich so gut mit Ihrem PC auskennen. „Tja“, dürfen Sie dann denken, „jetzt kann ICH euch mal zeigen, wie etwas funktioniert!“ Sie möchten den Beweis, dass es wirklich so einfach ist? Dann überzeugen Sie sich selbst:

Sie sind herzlich eingeladen! Als Leser von Souverän können Sie die erste wirklich verständliche Bedienungsanleitung für Ihren PC jetzt 6 Wochen gratis testen. Einfach Coupon unten ausfüllen und gleich absenden.

GRATIS-Test-Coupon einfach einsenden an: Initiative PC-Wissen für Senioren, Theodor-Heuss-Str. 2–4, 53177 Bonn, per Fax an: 0228 / 36 96 350 oder Sie bestellen schnell online unter

www.pc-wissen-senioren.de/souveraan

GRATIS-Test-Coupon

☒ **Ja**, bitte schicken Sie mir *PC-Wissen für Senioren* zum kostenlosen 6-Wochen-Test zu. Wenn mich der Test überzeugt und ich *PC-Wissen für Senioren* behalten möchte, habe ich Anrecht auf den ermäßigten Startpreis: Ich erhalte das 448 Seiten umfassende Handbuch zum Preis von nur 14,95 € statt 24,95 €. Porto und Versandkosten übernimmt der Verlag für mich. Zusätzlich merke ich mich für den Aktualisierungs- und Ergänzungsservice von *PC-Wissen für Senioren* vor. Diesen Service, der mein Handbuch und mich auf dem neuesten Stand hält, erhalte ich für nur 24,97 € pro Ausgabe. Eine Verpflichtung zur Abnahme der Lieferungen entsteht hieraus nicht. Ich kann den Bezug von *PC-Wissen für Senioren* jederzeit ohne Angabe von Gründen und ohne Kündigungsfrist beenden.

SPC 4920

Vorname und Nachname

Straße und Hausnummer

PLZ und Ort

Datum und Unterschrift

Gleich einsenden an: PC-Wissen für Senioren, Theodor-Heuss-Str. 2–4, 53177 Bonn, oder Fax an: 0228 / 36 96 350

ANZEIGE

Geprüft und
empfohlen von:



EMPFEHLENSWERT
Scout-Empfehlung



Gewaltdelikte und Strafverfolgung:

Immer **härtere** Gesetze?

Gewalttaten – gleich, welcher Art – ziehen in der Politik geradezu reflexartig Forderungen nach verschärften Gesetzen nach sich. Hilfreich in der Sache oder nur Vehikel politischer Profilierung? Fragen an den Sozialpsychologen und Konfliktforscher Prof. Dr. Ulrich Wagner von der Universität Marburg.

Herr Professor Wagner, der Ruf nach schärferen Gesetzen bringt aus Ihrer Sicht, so jedenfalls Ihr Statement auf der Herbsttagung des Bundeskriminalamtes in Mainz, keineswegs mehr Sicherheit. Worauf gründet Ihre Meinung?

Ich beziehe mich mit meiner Kritik auf Formen von Gesetzesverschärfungen, die auf die Anhebung des Strafmaßes abzielen. Grundsätzlich gilt: Staaten bestrafen den Bruch von Gesetzen, um damit zumindest zwei Ziele zu erreichen: erstens, Täterinnen und Tätern deutlich zu machen, dass Gesetzesverstöße mit negativen Konsequenzen für sie einhergehen. Die Bestra-

fung soll dazu führen, dass sie das unerwünschte Verhalten in Zukunft nicht wiederholen. Psychologisch betrachtet geht es hier um den Einsatz von Lernmechanismen: Danach lernen Menschen, ein Verhalten zu unterlassen, wenn dieses Verhalten negative Konsequenzen nach sich zieht, wie bei der Verurteilung zu einer Geldstrafe, oder wenn dieses Verhalten den Wegfall erwarteter positiver Konsequenzen zur Folge hat, wie das Einbüßen von Freiheit bei Freiheitsstrafen.

Zum Zweiten hat die Bestrafung von Gesetzesverletzungen die Funktion, dass der Staat seine – und damit unser aller – Erwartungen an die Bürger nach außen deutlich macht. Im Mittelalter wurden Delinquenten öffentlich an den Pranger gestellt. Die Bestrafung signalisiert, was erlaubt ist, und insbesondere, was nicht erlaubt ist. Auch hierbei geht es um den Einsatz von Lernmechanismen: Menschen sind in der Lage, aus der Beobachtung des Verhaltens anderer und den Konsequenzen, die sich für andere daraufhin einstellen, auch für sich zu lernen. Wenn ich sehe, dass ein bestimmtes Verhalten bei anderen zu negativen Konsequenzen führt, werde ich mich davon auch abschrecken lassen.

Aber müssen dazu Tat und Bestrafung nicht auch möglichst zeitnah aufeinander folgen?

In der Tat, einen weiteren Lernmechanismus muss man noch beachten, wenn man die Wirkung von Gesetzesverschärfungen in Form eines höheren Strafmaßes beurteilen will. Negative Konsequenzen und der Wegfall positiver Konsequenzen entfalten ihre Wirkung weniger über die Höhe der Bestrafung als über die Unmittelbarkeit des Eintretens der Bestrafung. Lerntheoretisch ist es von großer Bedeutung, dass Straftäter

möglichst unmittelbar nach der Tat ermittelt und von Gerichten verurteilt werden und dass das Urteil dann auch zügig umgesetzt wird. Die Höhe der zugemessenen Strafe ist dabei eher nachrangig – solange sie für Täter bemerkbar bleibt. Das Gleiche gilt für die Außenwirkung von Bestrafung auf potenzielle Nachahmer: auch die werden sehr viel stärker davon beeinflusst und beeindruckt, wenn sie sehen, dass eine Straftat unmittelbar zu Konsequenzen führt. Die Erkenntnis, dass es eine hohe Entdeckens- und Verurteilungswahrscheinlichkeit für Straftaten gibt, schreckt ab.

Vor dem Hintergrund der geschilderten psychologischen Überlegungen sind Gesetzesverschärfungen im Sinne erhöhter Strafandrohungen also wenig effektiv und damit wenig sinnvoll. Wenn gegenwärtig von Gesetzesverschärfungen die Rede ist, ist damit oft auch noch etwas anderes gemeint: die Ausweitung der Anwendbarkeit von Sanktionierungsmöglichkeiten. Solche Forderungen kommen immer dann auf, wenn Strafverfolgungsorgane sich nicht in der Lage sehen, Straftäter einer Bestrafung zuzuführen. So wird beispielsweise argumentiert, dass straffällige Ausländer nur für begrenzte Zeit in Abschiebehaft festgehalten werden können: Wenn dann die notwendigen Papiere aus den Herkunftsstaaten fehlen, müssen die Täter entlassen werden. Dies war auch die Argumentation beim Berlin-Attentäter Anis Amri, der, obgleich Straftaten vorlagen und es Attentatsbefürchtungen gab, aus der Abschiebehaft entlassen worden war. Der Sachverhalt ist strittig. Das Beispiel macht aber deutlich, dass das Problem in solchen Fällen auch in Verfahrensabläufen besteht. Vor der Einführung von Gesetzesverschärfungen in Form der Ausdehnung von Sanktionsmöglichkeiten ist daher zunächst zu prüfen, ob



Bürger und Politiker rufen nach spektakulären Straftaten schnell nach härteren Gesetzen. Macht das Sinn?

nicht eine Verbesserung der Abläufe zum selben Ergebnis führen würde. Gesetzesverschärfungen in Form der Ausweitung von Sanktionsmöglichkeiten beinhalten immer die Gefahr, Bürgerrechte zu verletzen.

Gibt es eigentlich konkrete Studien oder Erkenntnisse, wie dieser Wettbewerb um härtere Gesetze im Bewusstsein der Bevölkerung ankommt?

Gesetzesverschärfungen werden immer gefordert, wenn es zu massiven Gesetzesbrüchen gekommen ist und wenn diese ein hohes Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit bekommen. Forderungen nach Gesetzesverschärfungen werden dann oft gleichermaßen aus der Bevölkerung wie von politisch Verantwortlichen vorgetragen. Aus Bevölkerungssicht geht es dabei oft auch um die Befriedigung von Rache. Eine der Errungenschaften moderner Staaten ist aber, weniger auf Rache als auf Resozialisierung zu setzen. Bei politischen Verantwortungsträgern kommt zuweilen der Verdacht auf, dass Forderungen nach Gesetzesverschärfungen auch dazu dienen, von eigenen Fehlern abzulenken. Das Argument lautet dann: Ich konnte nur deshalb nichts tun, weil dem gesetzliche Regelungen entgegenstanden. Als Konsequenz werden Gesetzesverschärfungen eingefordert.

Man muss davon ausgehen, dass politische Vertreterinnen und Vertreter, die Verschärfung von Gesetzen fordern, zumindest bei einem Teil der Öffentlichkeit dafür durchaus Anerkennung erfahren – auch wenn die vorgeschlagenen Maßnahmen selbst psychologisch wenig sinnvoll sind und möglicherweise durch Strukturveränderungen bessere Erfolge zu erzielen wären.

Sie fordern statt Gesetzesverschärfung eine bessere Ausstattung der Polizei und Gerichte. Was muss sich konkret ändern?

Aus psychologischer Sicht ist es von herausragender Bedeutung, dass bei Gesetzesverletzungen, insbesondere bei schweren Gewalttaten, der Staat in der Lage ist, zügig und konsequent zu handeln. Natürlich muss uns bewusst sein, dass eine an Gesetzen orientierte Strafverfolgung auch Zeit braucht. Beweise müssen gerichtsfest sichergestellt werden, und die Gerichte müssen ein rechtsstaatliches Verfahren gewährleisten, bei dem sich Verteidigung und Staatsanwaltschaft und gegebenenfalls weitere Beteiligte mit der notwendigen Sorgfalt in ihre Aufgaben einarbeiten können. Wir müssen allerdings auch feststellen, dass Polizei und Gerichte in den letzten Jahren bei steigenden Anforderungen unter Personalmangel zu leiden hatten und es auch deshalb zu Verzögerungen kommt. So haben sich 2016 nach Angaben der Gewerkschaft der Polizei 22 Millionen Überstunden angehäuft. Langsam scheinen die Verantwortlichen das Problem erkannt zu haben. So soll die Bundespolizei jetzt mehr Stellen erhalten.

Ein anderer Hinweis ist in diesem Zusammenhang noch wichtig: Oft ist Prävention die beste Möglichkeit, Straftaten zu vermeiden und so die Sicherheit zu erhöhen. Selbstmordattentate beispielsweise sind nicht dadurch zu verhindern, dass man den Tätern hohe Strafen androht. Wir wissen inzwischen einiges über die Mechanismen, die Menschen zu Gewalttätigkeiten macht und an denen man präventiv ansetzen kann, um Gewaltkarrieren zu vermeiden. Auch das benötigt Zeit und personelle Ressourcen – für die Polizei und andere, die in der Prävention arbeiten.

Kann man demnach im Bereich der Sicherheit auch von einem Vollzugsdefizit sprechen, so, wie wir es beispielsweise bei Umweltstraftaten kennen?

Die Aufgaben für die Strafverfolgungsbehörden haben zugenommen. Insbesondere durch politisch motivierte Gewalt und internationalen Terrorismus sind Problemfelder entstanden, die es noch vor wenigen Jahren in diesem Umfang nicht gab. Die Nutzung des Internets zur Vorbereitung und Durchführung von Straftaten stellt ebenfalls eine neue Herausforderung dar. Gleichzeitig wurden Stellen weggespart. Dies führt in der Tat zu einem Vollzugsdefizit, sowohl, was die Schnelligkeit, als auch die Qualität der Aufklärung angeht. Auch muss die von Bundesinnenminister de Maizière angestoßene Debatte weiter verfolgt werden, ob nicht eine angemessene Zentralisierung von Polizei und Geheimdiensten erforderlich ist, um mit der zunehmenden Mobilität von Kriminalität angemessen umgehen zu können.

Der Trend „für jedes Problem ein neues oder verschärftes Gesetz“ zieht sich eigentlich durch alle Politikbereiche und birgt die Gefahr der Überregulierung. Wäre nicht eine verstärkte Umsetzungskontrolle die bessere Alternative?

Qualitätsmanagement im Öffentlichen Dienst steht häufig unter dem Vorzeichen von Kosteneinsparungen. Ob das am Ende auf Kosten der Qualität geht, wird hinterfragt. Wir müssen uns abkehren von der gegenwärtigen dominierenden Vorgabe eines „schlanken Staates“, „zu dünn“ bringt auch Gefahren mit sich, wenn nämlich der Staat seine Bürgerinnen und Bürger nicht mehr angemessen schützen kann. ■

„Die liberalen Muslime sind eine **Minderheit**“

Der Islam ist ebenso wenig eine homogene Glaubensrichtung wie das Christentum. Neben einem aufgeklärten, modernen Islam stehen aber auch brutale Ausprägungen von religiösem Fanatismus und Extremismus. Der Versuch einer Innenansicht im Interview mit Prof. Dr. Susanne Schröter, Direktorin des Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam.

Frau Professor Schröter, wenn wir über



Unsere Interviewpartnerin: **Prof. Susanne Schröter** ist Ethnologin, Hochschullehrerin und Leiterin des Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam (FFGI), (FFGI), Direktorin des Instituts für Ethnologie, Principal Investigator im Exzellenzcluster „Die Herausbildung normativer Ordnungen“ sowie Vorstandsmitglied des Deutschen Orient-Instituts.

den globalen Islam reden, über welche Vielfalt an Glaubensgemeinschaften sprechen wir dann?

Vielfalt innerhalb des Islams orientiert sich an theologischen Schulen, an kulturellen Traditionen und an einem Umgang mit den heiligen Texten. Theologisch gesehen haben wir zwei große Blöcke, die Sunniten und die Schiiten, daneben aber andere Gruppierungen wie die Ahmadiyya Muslim Jamaat oder Sufi-Orden. Die Schiiten kennen unterschiedliche Gruppierungen wie die so genannten 12er Shiiten, die 12 Kalifen anerkennen, Ismaeliten, die Alawiten oder die Alewiten. Die Sunniten, die größte Gruppe von Muslimen, gehören unterschiedlichen Rechtsschulen an. Alle Muslime, gleich, welcher theologischen Richtung sie angehören, gehen Verbindungen mit lokalen kulturellen Traditionen ein und verschmelzen bis zu einem gewissen Grad mit vorislamischen Glaubensvorstellungen oder mit anderen Religionen. Der Sultan von Yogyakarta auf der indonesischen Insel Java ist z.B. traditionell mit der Göttin des Meeres verheiratet und vereint damit in seiner Person praktisch zwei Religionen. Der Umgang mit den heiligen Texten, dem Koran und der Sunna, der islamischen Überlieferung, bestimmt schließlich, ob ein Muslim eher liberal oder konservativ, fundamentalistisch oder gar radikal ist. Wer glaubt, aus dem Koran oder dem Vorbild des Propheten Mohammed uneingeschränkt Handlungsanweisungen für die Gegenwart beziehen zu können, begibt sich in absoluten Gegensatz zu den Grundlagen unserer Demokratie.

Welche Strömungen (Gruppen) sind denn die einflussreichsten?

Die liberalen Muslime sind eine Minderheit; weltweit sind Traditionalisten und Fundamentalisten die stärkste Gruppe. In Europa haben wir auch „Kulturmuslime“, die ihre Religion ausschließlich als private Angelegenheit betrachten. Eine starke Kraft unter Jugendlichen ist der Fundamentalismus, entweder beeinflusst durch die Muslimbruderschaft oder in Form des Salafismus.

Aus welchen Strömungen entspringen die extremen Ausprägungen wie IS, Al Nusra, Boko Haram o.Ä. (und wodurch legitimieren diese ihr Handeln)?

All diese Gruppen nehmen den Koran wörtlich als Gesetzbuch und rechtfertigen Gewalt mit dem Verweis auf die Kriege, die Mohammed geführt hat. Damals war beispielsweise die Versklavung der Frauen des besiegten Gegners üblich, weshalb der IS die Versklavung von Jesidinnen für islamisch korrekt hält.

Gibt es unter den Religionswissenschaftlern des Islam eine erkennbare Diskussion über die inhaltliche Weiterentwicklung des Islam und die aus unserer Sicht stattfindende Fehlinterpretation durch radikale Gruppierungen?

Es gibt an den neu eingerichteten Professuren für islamische Theologie in Deutschland neue Entwicklungen, die recht vielversprechend sind. Ähnliche Entwicklungen gibt es auch in den USA, in Australien, Indien, Indonesien, in der Türkei und an einigen arabischen Universitäten. In vielen islamischen Ländern sind Reformer allerdings stark gefährdet, da sie von Fundamentalisten meist als Häretiker denunziert werden und teilweise ihres Lebens nicht mehr sicher sind.

Welche Chancen haben die gemäßigten bzw. selbstkritischen Stimmen in der Diskussion innerhalb des Islam?

Sie haben vor allem dann eine Chance, wenn sie sich in einem offenen und repressionsfreien Klima entwickeln können. Daher plädiere ich für eine dezidierte Förderung dieser Richtung durch die deutsche Politik. Ein demokratischer deutscher oder europäischer Islam würde helfen, die neuen radikalen Bewegungen einzudämmen.

Mit welcher Entwicklung des Islam rechnen Sie persönlich in den nächsten Jahren?

Ich rechne damit, dass wir in den kommenden Jahren zunehmend durch Radikalisierungsbewegungen herausgefordert werden. Das betrifft sowohl die deutsche Außenpolitik als auch die Innenpolitik. Hier sind gut ausgearbeitete Präventionsmaßnahmen gefragt, die nach Möglichkeit an Schulen implementiert werden sollten, eine vernetzte internationale Sicherheits-, Asyl- und Einwanderungspolitik.

Frau Prof. Schröter, herzlichen Dank für das interessante Interview.

MARTIN LUTHER – STREITBAR UND UMSTRITTEN

SONDERAUSGABE DER POLITISCHEN MEINUNG

DEBATTEN ZU 500 JAHREN REFORMATION

**MIT BEITRÄGEN U. A. VON PETRA BAHR, HEINRICH BEDFORD-STROHM,
GÜNTHER BECKSTEIN, WOLFGANG BÖHMER, UDO DI FABIO,
UTE GAUSE, CHRISTOPH KÄHLER, THOMAS KAUFMANN, WOLF KRÖTKE,
CHRISTINE LIEBERKNECHT, ANGELA MERKEL, HANS MAIER,
CHARLOTTE KNOBLOCH, JERRY PILLAY, KLÁRA TARR CSELOVSZKY,
DOROTHEA WENDEBOURG, JOACHIM WANKE, MUNIB A. YOUNAN**

ERHÄLTlich
IM ZEITSCHRIFTEN-
HANDEL, PER E-MAIL
ODER PER POST *



Katholiken und Protestanten stehen vor der Aufgabe, ausgerechnet dort nach Gemeinsamkeiten zu suchen, wo ihre Trennung vor 500 Jahren begann. Noch dazu bleibt die Gestalt Martin Luthers ein Stein des Anstoßes. Gediegene Festtagsroutine darf beim Reformationsjubiläum 2017 nicht aufkommen, die wunden Punkte bedürfen einer kritischen Auseinandersetzung.

November 2016
5 Euro

* Bestellung per Mail: cornelia.wurm@kas.de

Bestellung per Post: Redaktion Politische Meinung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

Zeitgeschichte:

Zum 50. Todestag von **Konrad Adenauer**

Quelle: KAS, Öbild von Graham Sutherland, 1965



Konrad Hermann Joseph Adenauer (CDU), erster Bundeskanzler (1949–1963) der Bundesrepublik Deutschland, wurde am 5. Januar 1876 in Köln geboren und starb mit 91 Jahren am 19. April 1967 in Rhöndorf (Bad Honnef). „Der Alte“ von Rhöndorf, wie er oft in der Bevölkerung genannt wurde, prägte die deutsche Nachkriegszeit wie wohl kein anderer. Was nur noch die wenigsten wissen: Neben dem „Job“ als Kanzler war er von 1951 bis 1955 auch Bundesaußenminister. Und er war ein leidenschaftlicher Erfinder. So kreierte er ein Verfahren zur Herstellung eines dem rheinischen Schwarzbrot ähnlichen Schrotbrotes, um die Kölner Lebensmittelprobleme während des Ersten Weltkrieges zu lösen, aber auch eine Elektrobürste gegen Schädlinge und eine Teekanne mit Heizstab. Seinen Anhängern galt der Politiker Adenauer als unübertrefflicher Wahlkämpfer. Und: Neben seinem Sinn für wichtige Themen zeichneten ihn Schlagfertigkeit und ein hintergründiger Humor aus. Er nahm kein Blatt vor den Mund. So sind aus seinem langen politischen Lebenswerk viele Anekdoten und Aphorismen überliefert, die auch heute noch den Weg weisen oder zumindest zum Nachdenken anregen können. Souverän hat eine kleine Auswahl zusammengestellt.

Elbe

Schöner, ruhiger, günstiger wohnen

Seniorenwohnungen „Bellevue“
Im Kurgebiet Hitzacker (Elbe)
Von Privat zu vermieten
2 Zi., 55 m², ab 199,- + NK mtl.
V: 82,6 kWh, E., Bj 1991
Neubau, Fahrstuhl, Balkon, Garage.

Betreuung möglich, gegenüber im
Alten- u. Pflegeheim „Bellevue“
Gratisprospekte: Tel. 05862- 97550
www.peter-schneeberg.de

Professor-Wohlmann-Straße

Ein guter Politiker muss viel wissen, arbeiten und Respekt vor der Meinung anderer haben, auch wenn er sie nicht teilt. Er muss sein Volk lieben und muss den anderen Völkern dieselbe Achtung und Wertschätzung entgegenbringen, die er für sein Volk verlangt.

Interview in der Kasseler Schülerzeitung „Funke“, 6.5.1953

Es ist besser, politisch in jedem Fall richtiger, das Mögliche zu tun, statt mit dem Nachtrauern über das zurzeit Unmögliche auch das zurzeit Mögliche zu versäumen.

In „Die Zeit“, 26.6.1952

Man überredet am besten die Leute, wenn sie müde sind. Aber bis sie mal müde sind, dazu gehört viel Geduld.

Gespräch in Rhöndorf, 1967

Die persönliche Freiheit ist und bleibt das höchste Gut des Menschen ... Daher müssen wir überall – und das geschieht bis ins letzte Behördenzimmer hinein – kämpfen gegen die übertriebenen Machtbedürfnisse des Staates, der Kommunen, oder was es sonst sei, und für die Freiheit des Einzelnen eintreten.

Vor der CDU in Recklinghausen, 19.8.1948

„Die in Bonn“ darf nicht zum Ausdruck einer Entfremdung zwischen Regierten und Regierenden werden. Das kann gefährlich sein. Der Kontakt zwischen den Abgeordneten und den Wählern muss lebendig bleiben. Die Bürokratisierung der Abgeordneten muss vermieden werden. Die Politik darf nicht zur Routinesache einiger weniger Berufspolitiker werden.

Gespräch in Cadenabbia, Villa La Collina, der ehemaligen Sommerresidenz Adenauers am Comer See, 1964

Das deutsche Volk krankt seit vielen Jahrzehnten in allen seinen Schichten an einer falschen Auffassung vom Staat, von der Macht, von der Stellung der Einzelperson gegenüber dem Staat. Es hatte den Staat zum Götzen gemacht und auf den Altar erhoben; die Einzelperson, ihre Würde und ihren Wert hat es diesem Götzen geopfert.

In: Erinnerungen 1945–1953

Wer den Mund spitzt, muss auch pfeifen. Worte sind billig, es müssen den Worten Taten folgen.

Bundesparteiausschuss der CDU in Bonn, 6.9.1952

Klare Fronten sind die erste Voraussetzung für einen guten Wahlkampf.

CDU-Bundesparteitag in Hannover, 17.3.1964

Ich habe immer Angst, wenn der Gegner einen lobt. Dann hat man den sicheren Beweis, die sichere Quittung, dass man auf dem falschen Weg ist.

CDU-Bundesparteitag in Karlsruhe, 26.4.1960

Man kann keine Sozialpolitik betreiben, wenn nicht eine starke, gute und ertragreiche Wirtschaft sowie die finanzielle Unterlage für die Sozialpolitik vorhanden sind. Alle Probleme gleichzeitig in Angriff nehmen heißt, keinem Problem wirklich gerecht zu werden.

CDU-Bundesparteitag in Stuttgart, 26.4.1956

Erst eine allgemeine Befriedung in der Welt und die Beachtung der allgemeinen Menschenrechte in allen Ländern werden den Flüchtlingsstrom zum Versiegen bringen. Die allgemeinen Menschenrechte müssen das Recht auf die Heimat einschließen.

Ansprache über den Sender RIAS, 3.4.1955

Quellen: Maximen für die Gegenwart, Hrsg. Klaus O. Skibowski, Bouvier-Verlag, Bonn, 1996
Adenauers gesammelte Bosheiten – eine anekdotische Nachlese, Walter Henkels, Econ-Verlag, Düsseldorf, 1983

Reisetermin:

**03.10. bis
07.10.2017**

Reiseleistungen:

- Flüge Deutschland* / Danzig / Deutschland mit einer renommierten Fluggesellschaft in der Economy Class
- Flughafengebühren und Kerosinzuschläge in Höhe von EUR 35,- bis EUR 93,- pro Person, je nach Abflughafen (Stand 02/2017)
- Transfers Flughafen / Hotel / Flughafen
- 4 Übernachtungen im Qubus Hotel Gdansk**** im Doppelzimmer
- 4 x Frühstücksbuffet
- 3 x Abendessen im Hotel
- 1 x Abendessen in der Kaschubischen Schweiz mit Folklore
- Ausflüge und Besichtigungen laut Programm mit deutschsprachiger Reiseleitung
- Eintrittsgelder: Marienkirche, Oliwa-Kathedrale inklusive Orgelkonzert, Mole in Zoppot, Regionalmuseum Kaschubische Schweiz
- Umfangreiches Informationsbuch zur Reise
- **Flüge wahlweise ab/bis:** Berlin-Tegel, Dortmund, Düsseldorf, Frankfurt-Main, Frankfurt-Hahn, Hamburg, Hannover, Köln-Bonn, München und Stuttgart (tlw. mit Umstieg). Weitere Abflughäfen auf Anfrage möglich. Bitte evtl. Flugzuschläge beachten!

DANZIG



Vom einstigen Glanz Danzigs als einflussreiche Hansestadt zeugen bis heute zahlreiche Prunkbauten, die liebevoll restauriert oder vorbildlich wiederaufgebaut wurden. Die meisten davon befinden sich im Zentrum, der sogenannten Rechtsstadt. Von Ihrem zentral gelegenen Hotel ist es nicht weit bis zur Marienkirche mit dem markanten Glockenturm, den prächtigen Patrizierhäusern längs der Langgasse und dem Artushof.

Gemeinsam mit dem Kur- und Badeort Zoppot und der Ostseestadt Gdingen bildet Danzig den Großraum „Dreistadt“. Wir zeigen Ihnen bei einem geführten Ausflug die wichtigsten Sehenswürdigkeiten. Auch die Teilnahme an einem Orgelkonzert in Oliwa steht auf Ihrem Programm. Die landschaftliche Schönheit Nordpolens erleben Sie bei einer Rundfahrt durch die Kaschubische Schweiz. Dabei haben Sie auch Gelegenheit, regionale Spezialitäten der kaschubischen Küche zu genießen.



Flüge:

Ab/bis vielen deutschen Flughäfen möglich



Hotel:

4-Sterne-Komfort in zentraler Lage von Danzig



Besichtigungen:

Mit fachkundiger deutschsprachiger Reiseleitung



Erlebnisplus:

Orgelkonzert in Oliwa, und kaschubisches Abendessen mit Folklore inklusive (zusätzlicher Ausflug nach Marienburg möglich)



INFORMATION & ANMELDUNG

Reiseziel: DANZIG

Termin: 03.10. - 07.10.2017

Preis: EUR 745,- p.P. im DZ*

Einzelzimmer-Zuschlag: EUR 180,-
(* bei Zweierbelegung)

→ **Grundpreis mit Flügen ab/bis:**
Dortmund, Köln-Bonn und Frankfurt-Hahn

→ **Zuschläge für Flüge ab/bis:**
Düsseldorf, Frankfurt-Main und München: EUR 40,- pro Person
Berlin-Tegel, Hamburg, Hannover und Stuttgart: EUR 80,- pro Person

Reiserücktrittskosten-Versicherung mit Selbstbehalt pro Person: EUR 35,-
(Die Versicherung kann nach Abschluss nicht mehr storniert werden.)

Terramundi ist insolvenz-versichert bei:



- ☐ Bitte senden Sie mir das detaillierte Reiseprogramm zur DANZIG-Reise.
- ☐ **JA**, ich möchte mit folgenden Personen an der DANZIG-Reise teilnehmen. Bitte senden Sie mir die Buchungsbestätigung.

Name, Vorname (Teilnehmer/in 1 lt. Ausweisdokument)	Geburtsdatum
Straße, Hausnummer	
PLZ, Ort	
Telefon mit Vorwahl	E-Mail
Name, Vorname (Teilnehmer/in 2 lt. Ausweisdokument)	Geburtsdatum

Nach Buchungseingang erhalten Sie eine Buchungsbestätigung vom Veranstalter Terramundi GmbH. Mit Erhalt der Reisebestätigung und des Versicherungsscheins ist eine Anzahlung von 10% des Reisepreises fällig, der Restbetrag 3 Wochen vor Anreise. Mit meiner Unterschrift erkenne ich die Reise- und Zahlungsbedingungen (einsehbar unter www.terramundi.de, auf Wunsch gern Zusendung per Post) des Veranstalters Terramundi GmbH – auch im Namen der/des Mitreisenden – an.

Datum, Unterschrift

Coupon ausfüllen und direkt an den Veranstalter senden:



Terramundi GmbH
Im Wauert 14 • 46286 Dorsten
Telefon: 0 23 69 / 9 19 62-0
Telefax: 0 23 69 / 9 19 62-33
E-Mail: info@terramundi.de
Web: www.terramundi.de

Gewünschte Flüge ab/bis**:

**nach Verfügbarkeit, bitte beachten
Sie evtl. Zuschläge

Hier bitte Ihre gewünschten Leistungen ankreuzen:
DZ* = Doppelzimmer • **EZ** = Einzelzimmer • **RV** = Reiserücktrittskosten-Versicherung

Teilnehmer 1 ☐ DZ ☐ EZ ☐ RV
Teilnehmer 2 ☐ DZ ☐ EZ ☐ RV



Grüne Gentechnik:

Chance

oder Risiko?

Seit Jahren streiten sich Kritiker und Befürworter der „Grünen Gentechnik“ (**GG**) über die Nutzung gentechnisch veränderter (**gv**)-Pflanzen. Die einen weisen lautstark auf die Gefahren hin, während die anderen darin die Lösung aller Welternährungsprobleme sehen. Eine sachliche Abwägung der Chancen und Risiken wäre sicher hilfreich. Professor Wolfgang Merbach bewertet für Souverän diese Thematik.

Welchen globalen Stellenwert hat die GG ?

Die Ernährung der wachsenden Weltbevölkerung (ca. drei Milliarden Menschen bis 2050 zusätzlich) und die Beseitigung von Hunger (1 Mrd.) und Unterernährung (2 Mrd.) erfordern eine Verdopplung der Erträge. Gleichzeitig müssen die Ernteverluste durch Unkräuter, Schädlinge und Krankheiten (z. T. mehr als 40 % der Ernten) durch verbesserten Pflanzenschutz vermindert und die Lagerungsverluste gesenkt werden. Bedenkt man, dass diese Aufgabe die Anpassung an möglicherweise schwierigere Klimabedingungen und den Anbau nachwachsender Rohstoffe zur Energiegewinnung einschließt, wird die Größe der Herausforderung deutlich. Letztere lässt sich nur durch die Nutzung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse in einer neuen „grünen Revolution“ bewältigen. Notwendig sind z. B. neue Pflanzensorten mit höherer Nährstoffeffizienz, Trocken-, Salztoleranz, Krankheits- und Schädlingsresistenz. Dafür reichen die Potenzen konventioneller Pflanzenzüchtung nicht aus. Sie müssen durch moderne Verfahren beschleunigt werden. Global gilt die **GG** dabei als **innovative Schlüsseltechnologie**.

Von 1996-2014 wurden mehr als 100 (gv)-Pflanzenlinien zugelassen, bis 2020 rechnet man mit einer Verdopplung. 2013 kamen weltweit gv-Pflanzen in 27 Ländern durch 18 Millionen Landwirte (davon mehr als 90 % in Entwicklungsländern) auf ca. 185 Millionen Hektar zum Anbau (2013) (siehe Tabelle). Das entspricht etwa 12,3 % des weltweit nutzbaren Ackerlandes (laut FAO-Definition 1,5 Md Hektar (2013) bzw. fast dem 10-fachen der gesamten deutschen Landwirtschaftsfläche (18,6 Millionen Hektar 2012). Der Anbau in Europa ist allerdings gering. Gv-Saatgut ist in 25 Ländern im Einsatz, 30 weitere Staaten importieren gv-Nahrungs- oder Futtermittel (EU jährlich 30 Mio. t gv-Futtermittel). Inzwischen sind 70-80 Prozent der bei uns angebotenen Lebensmittel bereits mit gv-Organismen in Kontakt gekommen.

Was versteht man unter GG ?

Der Mensch hat in über 6000 Jahren Pflanzenzüchtung verschiedene Arten gekreuzt, neue geschaffen und dabei ungezielt das Erbgut verändert. Die **herkömmliche Pflanzenzüchtung** nutzt entweder spontane Mutationen oder „zerschlägt“ bei der sog. **Mutationszüchtung** das Erbgut

durch Behandlung mit hoch dosierter Gamma- oder Korpuskularstrahlung oder chemischen Mutagenen (z.B. Ethylmethansulfonat oder N-Nitroso-N-methylharnstoff), wobei zufällige Erbänderungen entstehen. Von diesen wählen die Züchter die vorteilhaften Merkmalsträger aus. Die übrigen, nicht bekannten ca. 30.000 Mutationen pro Genom verbleiben (obwohl sie die Produktion von Allergenen auslösen können) ungeprüft im Erbgut und sind somit in vielen unserer Kulturpflanzen enthalten. Diese Mutationen gelten seltsamerweise nicht als gentechnisch verändert, weil sie keine „Fremdgene“ enthalten und unterliegen keinen gesonderten Zulassungsbedingungen.

Die **GG** unterscheidet sich von der konventionellen Züchtung dadurch, dass sie definierte Gene gezielt transferiert und dabei Artgrenzen sowie andere Kreuzungshindernisse (z. B. Unfruchtbarkeit) leichter überschreiten kann. Seit Ende der 1990er Jahre werden u. a. folgende Verfahren häufig angewendet:

■ **Gentransfer:** Dabei wird das fragliche Gen entweder mittels eines spezifischen Bodenbakteriums oder durch mechanische Einbringung („Genkano-



ne“) eingebracht. Stammen diese Gene von anderen Arten, entstehen transgene Pflanzen. Stammen diese von kreuzbaren Arten, spricht man von cisgenen Pflanzen.

- **Protoplastentransformation** (bzw. **-fusion**): Dabei wird das Gen (die DNA) in „nackte“ Protoplasten ohne Zellwand eingebracht oder (bei der Fusion) Protoplasten aus verschiedenen Pflanzen verschmolzen. Danach wird die neue Pflanze im Nährsubstrat regeneriert.
- **Pfropfen** mit gentechnisch veränderten Pflanzen, wobei entweder Edelreiser oder Unterlage das gv-Material enthält.
- **Genom Editing** ist eine gezielte Veränderung in der DNA-Abfolge an einem vorher bestimmten Gen. Die Erbgutänderung lässt sich später nicht nachweisen, denn das Erbgut wird nur „umgeschichtet“.

Wie wird die GG gesetzlich geregelt?

Leider gibt es weltweit unterschiedliche Definitionen und Gesetze zur GG. Dadurch können sehr ähnliche Züchtungsmethoden in verschiedenen Staaten als gv

oder nicht-gv eingestuft werden (asynchrone Zulassungen). Ferner ist auch die Behandlung von gv-Sorten ungleich. In den USA oder Kanada werden gv-haltige Lebensmittel wie solche ohne Gv behandelt, wenn das Endprodukt dieselbe Zusammensetzung hat (**produktbezogen**); eine Kennzeichnung ist freiwillig. In der EU hingegen gelten gv-Produkte selbst bei gleicher Zusammensetzung aufgrund des „Herstellungsprozesses“ (**prozessbezogen**) als riskant und sind mit hohen Auflagen belastet. Die Kennzeichnung ist außerhalb festgelegter Beimischungsgrenzen Pflicht. Die Vorschriften der EU gelten weltweit als die strengsten, zumal die Mitgliedsstaaten zusätzliche Auflagen festlegen können. So variieren die Abstandsregelungen für gv-Felder zu Schlägen mit Nicht-gv-Pflanzen innerhalb der EU beträchtlich. Viele Wissenschaftler kritisieren diese „Überregulierung“ der GG. Die damit verbundenen hohen Kosten, die nicht nur auf den entgangenen Nutzen, sondern auch auf die Zulassungsprozeduren (Zulassung einer Gv-Maissorte kostet ca. 6-15 Millionen US\$) zurückgehen, reduzieren die Innovationsraten und tragen zur Konzentration der Saatgutindustrie bei, da

kleinere Firmen und öffentliche Forschungseinrichtungen sich dies oft nicht leisten können.

Leider orientieren sich die Vorschriften der EU und Deutschlands nicht am realen Gefährdungspotenzial. Nach dem Gentechnikgesetz (§ 3, Nr.3) gilt das gezielte Einschleusen eines Genabschnitts aus einem anderen Organismus als Gentechnik, weil die dadurch bewirkte "genetische Veränderung unter natürlichen Bedingungen nicht vorkommt". Damit erfährt die sehr präzise Einführung eines klar identifizierten Genabschnitts strenge Auflagen, während die traditionelle Mutationszüchtung trotz vieler nicht bekannter Genabschnitte als natürlich eingestuft und nur die produktbezogene Sortenzulassung durchläuft. CMS-Hybriden aus Protoplastenfusion in Bioläden (90 % des dortigen Gemüseangebots) fallen nicht unter das Gentechnikgesetz, obwohl sie Genkombinationen verschiedener Pflanzenarten enthalten, die auf natürliche Weise nicht zustande kommen können. Schließlich fallen die modernen Verfahren des **Genom-Editings** (z. B. CPISPR-Cash-Verfahren) nicht einmal unter die juristische Definition von Gv-Pflanzen, weil sie keine Spuren hinterlassen. Forderungen, diese Technik gesetzlich zu regeln, sind daher sinnlos. Es wäre an der Zeit, den Empfehlungen der Deutschen Akademien zu folgen, die rechtliche Risikobewertung vornehmlich auf die spezifischen Eigenschaften neuer Pflanzensorten (Einzelfallprüfung) statt auf den Prozess ihrer Erzeugung abzustellen.

Warum wird die GG in Deutschland abgelehnt?

In Deutschland lehnt die Bevölkerung mehrheitlich die GG ab. Hauptakteure der Anti-GG-Bewegung sind Nichtregierungsorganisationen (**NGOs**) wie Greenpeace und Friends of Earth, Verbände der ökologischen Landwirtschaft, Parteien des grünen Spektrums, die CSU und die Kirchen. Bedauerlicherweise bleibt die differenzierende Abwägung von Chancen und Risiken zunehmend auf der Strecke. Es gibt inzwischen eine Flut von Halbwahrheiten oder Falschmeldungen durch interessierte Gruppen. Dabei überschreiten Wortwahl und Vorgehensweise oft das erträgliche Maß. Irreführende Sprachschöpfungen (z. B. Genmais, Genverseuchung, Gensaatgut) verschleiern, dass Gene die Basis des Lebens sind. Menschen, die gv-Lebensmittel essen, werden z. B. als Monster dargestellt. Wissenschaftler werden als



Sensenmänner karikiert, die Kinder umbringen wollen. Auf diese Weise werden irrationale Ängste geschürt. Diese Geisteshaltung äußert sich auch in „Feldbefreiungen“ („Gendreck-weg“-Bewegung). Versuchsflächen mit gv-Pflanzen werden rechtswidrig von sog. „Umweltaktivisten“ besetzt oder zerstört. GG-Befürworter (oft Wissenschaftler) werden als Genlobby öffentlich verunglimpft. Als Folge dessen misstrauen viele Menschen und Institutionen den Potenzen der GG und haben für Feldzerstörer eher Sympathien als für Wissenschaftler.

Dieses Meinungsklima ist inzwischen ein Motiv für Politiker der meisten Parteien, die GG in Deutschland in einem Ausmaß zu behindern, das einem Verbot gleichkommt. Dazu gibt es jetzt in der EU alle Voraussetzungen, denn seit April 2015 ist es den Mitgliedsstaaten erlaubt, den Anbau einzelner, in der EU zugelassener gv-Sorten auf ihrem Gebiet auch aus politischen oder sozioökonomischen Gründen zu untersagen. Natürlich müssen Politiker Mehrheitsmeinungen ernst nehmen. Aufgabe der Parteien ist es aber nicht, der Mehrheitsmeinung ungeprüft nachzugeben, denn sie sollen sich am Stand der Wissenschaft orientieren. Stattdessen erleben wir zunehmend Populismus. Ein Beispiel dafür ist das Plädoyer der Ministerin Hendricks für ein gentechnik-freies Deutschland, obwohl sie wissen müsste, dass 70-80 % unserer Lebensmittel mit Gentechnik in Berührung kommen, Millionen Bürger gentechnisch hergestellte Medikamente oder

Impfstoffe erhalten und inzwischen sogar gentechnische Hobbybastelsätze in Deutschland erhältlich sind.

Folge: Deutschland nutzt keine der 190 von deutschen Forschern entwickelten gv-Pflanzen. Unternehmen verlegen ihre Agro-Gentechnik-Abteilungen ins Ausland, exzellente Molekularbiologen wandern ab, Universitäten haben diesbezügliche Forschung eingestellt oder reduziert. Inzwischen erfolgen bei uns praktisch keine GG-Freisetzungen mehr und wir sind in dieser Technologie international weit zurückgefallen.

Wollen wir denselben Fehler wie früher Joschka Fischer begehen, der die Produktion von gentechnisch hergestelltem Human-Insulin bei „Hoechst“ unterband mit der Folge, dass die Medizin seit 1983 zwar nur noch dieses verwendet, davon aber ausschließlich ausländische Hersteller profitieren?

Wie sicher ist die GG und welche Vorteile bringt sie?

Die Kritiker tragen vor, dass die GG eine **Risikotechnologie** mit unabsehbaren Risiken für Gesundheit und Umwelt wäre. Gv-Pflanzen seien aus der Natur nicht rückholbar, die Technologie diene den Profitinteressen internationaler Konzerne und zwingt Bauern in die Armut. Zudem sei sie ein ethisch bedenklicher Eingriff in die Schöpfung. Die Tatsachen vermitteln aber ein anderes Bild:

■ Alle namhaften deutschen Akademien (einschließlich der Leopoldina) halten die GG für unbedenklich, ebenso die Royal Society (vier voneinander unabhängige Berichte), die Päpstliche Akademie, die nationalen Akademien Chinas, Indiens, Brasiliens, Mexikos, der USA, die „Third World Academy of Sciences“ sowie die FAO, WHO und OECD. Viele Studien, darunter auch eine EU-Studie ("A decade of EU-founded GMO-Research" mit 500 Forschungsteams in 130 Projekten) haben die gesundheitliche und ökologische Unbe-

denklichkeit der GG festgestellt. Schließlich zeigen auch 15 Jahre biologischer Sicherheitsforschung des Bundesforschungsministeriums, dass gv-Pflanzen für die Umwelt nicht gefährlicher sind als konventionell gezüchtete.

■ Nahrungsmittel mit gv-Bestandteilen gehören seit 20 Jahren zur normalen Ernährung von ca. 280 Millionen Amerikanern, ohne dass es gesundheitliche Folgen gäbe.

■ Nur die sog. **Cartagena-Konferenz** betrachtete die GG als Risiko-Technologie, wobei aber nur GG-kritische NGOs, aber kaum Fachwissenschaftler in die Bewertung einbezogen waren.

■ Gentransfer zwischen Mikroben kommt in der Natur seit Jahrtausenden vor und wurde auch bei höheren Pflanzen nachgewiesen. Von unnatürlichem Eingriff in die Schöpfung kann man also nicht sprechen.

■ Gv-Pflanzen können die negativen Effekte der Landwirtschaft auf die Biodiversität reduzieren, z. B. durch die verstärkte Anwendung konservierender Bodenbearbeitung, die Reduzierung des Insektizideinsatzes sowie die Schonung von Naturflächen durch Ertragssteigerungen.

■ Auskreuzungen in verwandte Pflanzen können inzwischen vermieden werden. Bei Selbstbestäubern wie Reis ist das Risiko, dass der Pollen von einem Feld mit gv-Reis andere Sorten verunreinigt, gleich Null. Für die Überlebensfähigkeit von Gv-Pflanzen in der Umwelt gibt es keinen Nachweis.

■ Der Anbau von gv-Pflanzen bringt den Landwirten vor allem in den armen Ländern entgegen mancher Befürchtungen Einkommenserhöhungen (66 %), Ertragssteigerungen (22 %) und Pflanzenschutzmittel (PSM)-Einsparungen (42 %) (Metaanalyse von 147 Studien (2014)). So verhalf die gegen den Baumwollkapselwurm resistente gv-Baumwolle 2,5 Mio. indischen Kleinbauern zu besseren Lebensbedingungen, machte Indien zum Baumwollexporteur, und der PSM-Einsatz wurde stark reduziert.

■ Bt-Mais, der ein Kristallprotein des bei der biologischen Insektenbekämpfung verwendeten Bacterium thuringiensis (Bt) produziert, tötet z. B. die Larven des Maiszünslers. Dadurch werden chemische Insektizide eingespart und der Mykotoxingehalt des Maises gesenkt. Mit Hilfe der grünen Gentechnik kann der Gehalt von Allergenen in Nahrungsmitteln z. B. bei



Der Autor:

Prof. Dr. Wolfgang Merbach ist Landesvorsitzender der Senioren-Union Sachsen-Anhalt und Mitglied im Bundesvorstand der Senioren-Union. Als Wissenschaftler war er an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie am Forschungszentrum für Bodenfruchtbarkeit (heute Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung) in Müncheberg tätig.

Rang	Land	Fläche (10 ⁶ ha)	Anteil in %	Pflanzen
1	USA	70,1	44	Mais, Sojabohne, Baumwolle, Raps, Zuckerrübe, Luzerne, Papaya, Kürbis
2	Brasilien	40,3	56	Soja, Mais, Baumwolle
3	Argentinien	24,4	64	Soja, Mais, Baumwolle
4	Indien	11,0	7	Baumwolle
5	Kanada	10,8	25	Raps, Mais, Soja, Zuckerrüben
6	China	4,2	4	Baumwolle, Papaya, Pappeln, Tomaten, Paprika
7	Paraguay	3,6	92	Soja, Mais, Baumwolle
8	Südafrika	2,9	24	Mais, Soja, Baumwolle
9	Pakistan	2,8	14	Baumwolle
10	Uruguay	1,5	83	Soja, Mais

Weltweiter Anbauanteil von gv-Pflanzen an der Ackerfläche 2013 nach FAO: FAOSTAT: Resources: ResourceSTAT: Land: Arable land (<http://faostat.fao/site/377/defaults.aspx#ancor>)



ses", der Pro-Vitamin A enthält, jährlich Hunderttausenden von Kindern in den armen Ländern das Leben retten könnte und zudem noch kostenlos an die Armen abgegeben werden soll, durch Greenpeace seit 15 Jahren mit allen (auch ungesetzlichen) Mitteln verhindert wird. Der Nobelpreisträger Richard John Roberts (Molekularbiologe) nennt das ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. 2016 haben **110 Nobelpreisträger** die Mainauer Deklaration unterzeichnet, in der sie weltweit dazu aufrufen, Anti-Gentechnikkampagnen allgemein (und die Kampagne von Greenpeace gegen Goldenen Reis im Speziellen) abzuweisen und Landwirten Zugang zu gentechnisch veränderten Saatgut zu ermöglichen. Es ist J. v. Braun (2013) zuzustimmen, dass man eine **"Neubewertung der Grünen Gentechnik"** vorgehen sollte, die

„solche transgenen Produkte, die den Armen helfen und dem Sicherheitscheck standhalten, aktiv fördert“.

Fazit und Schlussfolgerungen

GG ist keine „Risikotechnologie“. Forschungs- und Regulierungsbehörden haben weltweit einheitlich festgestellt, dass sie ebenso sicher ist wie herkömmliche Verfahren.

Die GG allein kann sicher nicht die Welt ernährungs-, Gesundheits- und Umweltprobleme lösen. Aber sie hat Potenzen, deren Realisierung in der klassischen Züchtung sehr viel länger dauern oder nicht eintreten würden. Sie sind weder ein Allheilmittel noch „des Teufels“, sondern könnte herkömmliche Verfahren sinnvoll verbessern bzw. beschleunigen. Dabei sind weltweit beachtliche Fortschritte zu verzeichnen.

Deshalb sollte die GG neu bewertet und die Verweigerungshaltung (z. B. pauschale Anbauverbote) in Deutschland beendet werden, nicht zuletzt auch deshalb, um bei dieser technologischen Schlüssel-Innovation international mitzuhalten.

„Für die Risikobewertung sollten künftig die spezifischen Eigenschaften der Züchtungsprodukte (produktbezogen) im Mittelpunkt stehen und nicht die Methoden, mit denen sie erzeugt wurden.“

Die durch das Grundgesetz geschützte Forschungsfreiheit ist zu wahren. Laborexperimente und für Kontrollversuche und Risikoabschätzungen unabdingbare Freilandexperimente sowie Feldversuche mit zugelassenen gv-Organismen müssen möglich bleiben und wirkungsvoll vor Vandalismus und Sachbeschädigung geschützt werden.“ (Erklärung Deutscher Akademien) ■

Eine Quellen- und Literaturliste zu diesem Beitrag kann bei der Redaktion angefordert werden.

Tomaten und Erdnüssen vermindert werden. In den USA wurde 2014/15 eine gv-Kartoffelsorte zugelassen, die die beim Braten weniger krebserzeugendes Acrylamid freisetzt. Die Reihe dieser positiven Beispiele ließe sich beliebig fortsetzen.

Vor diesem Hintergrund wäre anzunehmen, dass alles versucht wird, um gv-Pflanzen bereitzustellen, die durch höhere Erträge den Hunger lindern, Gesundheit fördern oder den PSM-Einsatz vermindern. Leider ist das oftmals nicht so. Ein besonders eklatantes Negativbeispiel ist, dass die Zulassung des sog. "Goldenen Rei-



Schulte Haus-Rollator

Made in Germany

- ✓ sehr schmal - passt durch jede Tür
- ✓ enorm wendig - auf der Stelle drehbar
- ✓ nützlich - Tischdecken leicht gemacht

Jetzt Prospekt anfordern!

Telefon: **0 29 44 / 60 04**

Internet: www.haus-rollator.de

Schulte Holzprodukte GmbH | Langenberger Str. 96 | 33397 Rietberg | NRW



Senioren als **Spielball** der Versicherungen?

Der 55. Deutsche Verkehrsgerichtstag debattierte Ende Januar über die Einführung von Fahrtests für Senioren. Das alte Thema: Sind ältere Menschen am Steuer eine Risikogruppe? Die Versicherungswirtschaft hat bereits gehandelt. Trotz meist langer, häufig unfallfreier Fahrpraxis steigen für ältere Autofahrer die Prämien in der Kfz-Versicherung unverhältnismäßig. Kritiker sehen das als Diskriminierung.



Margarethe K. (Name geändert) staunte nicht schlecht, als sie den Brief ihrer Kfz-Versicherung öffnete. Fast fünf Jahrzehnte lang unfallfrei am Steuer, hatte sie in den letzten drei Jahren Pech gehabt. Dreimal gab es einen Blechschaden, eine kaum nennenswerte Bagatelle an der Tankstelle, ein parkendes Auto gestreift, einen Auf- fahrungsunfall. Im Gegenzug hatte die Versicherung sie jeweils hochgestuft, doch nun kam die endgültige Quittung: Kündigung des bestehenden Versicherungsvertrages. Erst nach Wochen und etlichen Anfragen fand sie einen neuen Versicherer, allerdings zu deutlich höheren Konditionen.

Das wiederum ist gängige Praxis. Denn auch wer ein Leben lang unfallfrei gefahren ist, muss im Alter für die Kfz-Versicherung happige Zuschläge zahlen. Ab etwa 60 Jahren zahlen Senioren oft schlagartig deutlich mehr, weiß zum Beispiel die Stiftung Warentest. „Ältere Fahrer gelten als Risikokunden, daher nehmen fast alle Versicherer Preisaufschläge. Wir haben die Preise bei fünf Tarifen verglichen. Ergebnis: Wer über 75 Jahre alt ist, zahlt fast die Hälfte mehr als ein 55-Jähriger. Einige Versicherer nehmen ältere Kunden in

manchen Tarifen gar nicht erst an. Beispielsweise akzeptiert der ADAC in seinem Tarif „Eco“ nur Kunden bis 69 Jahre.“ Die Recherchen der Stiftung zeigen, dass die Aufschläge etwa mit dem 60. Lebensjahr beginnen. „Ab 65 Jahren kosten die von uns untersuchten Tarife im Durchschnitt für unseren Modellkunden gut 8 Prozent mehr als bei 55-Jährigen. Ab 70 Jahren sind es 21 Prozent, ab 75 Jahren 48 Prozent, ab 80 Jahren steigen die Preise sogar im Schnitt um 76 Prozent.“

Ähnliche Beobachtungen dokumentiert das gemeinnützige Verbraucherportal Finanztip. Dort ergab eine Studie, dass schon 65-Jährige im Schnitt zehn Prozent mehr bezahlen als ein 55-jähriger Fahrer. Weitere zehn Lebensjahre verursachen einen noch höheren Aufschlag. „Einen 75-Jährigen kostet seine Kfz-Versicherung im Schnitt 53 Prozent mehr als einen Mittfünfziger. Wie vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) empfohlen, langen die meisten Versicherer besonders zu, wenn es auf die 70 zugeht. Zwischen dem Beitrag eines 65-Jährigen und eines 75-Jährigen liegen durchschnittlich 39 Prozent Unterschied“, so Finanz-

tip. Noch happiger werde es, meinen die Experten des Internetportals, wenn man sich die Aufschläge einzelner Anbieter anschaut. Bei einem Tarif verlangte die Versicherung von einem 75-Jährigen für den identischen Tarif gut 170 Prozent mehr als von einem Fahrer, der 20 Jahre jünger war. Nur wenige Anbieter verlangten gar keinen Aufschlag.

Offenbar halten viele Assekuranzunternehmen ältere Fahrer für ein Sicherheitsrisiko. Obwohl die nackten Zahlen des Statistischen Bundesamtes eine andere Sprache sprechen. Demnach hatte im Jahre 2015 die Gruppe der 18- bis 25-Jährigen Fahrer 63.152 Unfälle und war an der Gesamtzahl aller Unfälle mit 17,34 Prozent beteiligt. Die Gruppe der 25- bis 45-Jährigen wies 135.257 Unfälle auf und der Anteil betrug 37,15 %. Die 45- bis 65-Jährigen waren mit 32,66 % und 118.908 Unfällen beteiligt. Demgegenüber kamen die Älteren über 65 Jahre auf 46.781 Unfälle und wurden an allen Unfällen mit 12,85 % registriert. Entgegen allen Vorurteilen sind also gerade die jungen Fahrer und die Senioren trotz häufiger altersbedingter Einbußen bei der Reakti-



INFO

Eine Liste zu praktischen Fällen der Altersdiskriminierung im Bereich der Versicherungswirtschaft findet sich unter:

<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/index.php?thema=12>

Weitere interessante Infos zur Altersdiskriminierung und wie man sich dagegen wehren kann bieten die Seiten der Deutschen Seniorenliga e.V.:

<http://www.deutsche-seniorenliga.de/themen-initiativen/gesellschaft-politik/19-altersdiskriminierung.html>

ongeschwindigkeit oder der Sehfähigkeit deutlich weniger am Unfallgeschehen beteiligt als die anderen Altersgruppen.

Dennoch empfiehlt der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) seinen Mitgliedern Aufschläge für Fahrer ab 68 Jahren und eine verpflichtende Kontrollfahrt an der Seite eines geschulten Fahrlehrers vom 75. Lebensjahr an. Denn die Statistik der Versicherungswirtschaft, so wissen auch die Experten des Portals Finanztip, spricht eine andere Sprache. Demnach verursachen Senioren zum einen teurere Schäden und zum anderen Schäden, die nicht der Polizei gemeldet und daher nicht vom Statistischen Bundesamt erfasst werden. Über 80-Jährige verursachen beispielsweise die Hälfte mehr an Kosten als ein durchschnittlicher Fahrer. Allerdings steigt die Schadenshäufigkeit laut GDV erst ab 75 Jahren an. Warum er dennoch schon früher Aufschläge empfiehlt, wird nicht deutlich, kritisiert Finanztip.

Ob mit 60, 70 oder 80, für Leonhard Kuckart, den stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Senioren-Union und Landes-

vorsitzenden NRW, sind solche Aufschläge schlichtweg „Altersdiskriminierung“. Er fordert eine Überprüfung der Zuschläge durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), denn seiner Ansicht nach verstoßen solche Tarife gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, das auch für privatrechtliche Versicherungsverträge gelte. Obendrein fordert die Senioren-Union, ein Verbot der Altersdiskriminierung ins Grundgesetz aufzunehmen.

Dabei scheint der Altersstrafzuschlag in der Kfz-Versicherung nur ein Beispiel dafür zu sein, wie Senioren und Seniorinnen nur aufgrund ihrer Lebensjahre im Alltag benachteiligt werden. Kunden über 70 oder 75 Jahren erhalten beispielsweise nicht bei allen Verleihern problemlos Autos. Manche fordern eine Zusatzzahlung, manche auch ein Attest bezüglich der Fahrtüchtigkeit. Jenseits der Grenzen verlangen nach Beobachtungen der Stiftung Warentest auf Mallorca, in Kroatien, Griechenland oder Irland viele Mietwagenanbieter einen Alterszuschlag. Ein Umstand, den der deutsche Gesetzgeber allerdings nicht beeinflussen kann.

Mit der Umsetzung der aktuell geltenden Wohnimmobilienkreditrichtlinie kommt ein weiteres Ärgernis hinzu. „Ursprünglich zum Schutz des Verbrauchers gedacht, entpuppt sich die Wohnimmobilienkreditrichtlinie bei der Kreditvergabe als eine unüberwindbare Hürde. Ein solches Diskriminierungsgesetz kann nicht im Sinne des Gesetzgebers sein“, kritisiert beispielsweise Dr. Roman Glaser, Präsident des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbandes (BWGV). Die Banken dürfen nach dieser Regelung einen Verbraucher-Immobilienkredit nur dann vergeben, wenn wahrscheinlich ist, dass das Darlehen zu Lebzeiten aus dem laufenden Einkommen zurückgezahlt werden kann. Die Folgen liegen auf der Hand: Banken vergeben vor allem keine Kredite mehr an junge Familien mit unsicherer Einkünfteprognose und Senioren. Eine Umfrage unter 170 Volksbanken und Raiffeisenbanken im Rheinland offenbarte, dass ältere Kunden selbst dann betroffen sind, wenn sie über eine gute Bonität verfügen. Immerhin hat sich die Bundesregierung kurz vor Weihnachten 2016 noch darauf verständigt, diese Kreditrichtlinie zu entschärfen ... ■

AO

Die bislang in Studien zusammengetragenen Angaben zum Ausmaß pflegerischer Gewalt und Vernachlässigung variieren zum Teil erheblich. Man muss aber von einer großen Anzahl von Taten gegen alte Menschen in Pflegeheimen ausgehen, zumal nur ein Bruchteil davon bekannt und angezeigt wird.

Pflegeheime:

Die idealen Tatorte?

Die eigenen vier Wände sind der gefährlichste Ort, denn dort sterben jährlich 10.000 Menschen bei Haushaltsunfällen – deutlich mehr als im Straßenverkehr (3.500) oder durch Mord und Totschlag (650). Und auch die meisten Körperverletzungen finden zu Hause statt, wobei alte Menschen zunehmend zu den Opfern von „häuslicher Gewalt“ gehören. Anders verhält es sich mit Pflegeheimen. Hier wissen wir sehr wenig über den tatsächlichen Umfang von Gewalt und Vernachlässigung. Dabei löst die Viktimisierung (Anm. der Red.: Viktimisierung ist ein Fachbegriff vor allem in der Kriminologie. Das Verb viktimisieren bedeutet „zum Opfer machen“, indem jemand durch kriminelles Handeln geschädigt wird.) alter Menschen – so sie denn bekannt oder vermutet wird – seit jeher Empörung aus, und besonderen Anstoß nimmt die Öffentlichkeit, wenn die Bewohner von Alten- und Pflegeheimen betroffen sind. Die Viktimisierung von alten Menschen verletzt eines der letzten noch intakten Tabus unserer Gesellschaft, nämlich die physische und psychische Integrität besonders hilfloser, kranker und moribunder Personen. Während es bei der „Gewalt zu Hause“ zumeist pflegende (und überforderte) Familienangehörige oder Mitarbeiter ambulanter Pflegedienste sind, die beschuldigt werden, sind es in Pflegeheimen überwiegend die Mitarbeiter. Aber auch dritte, außerhalb des Pflegeprozesses stehende Personen wie etwa Ärzte, Angehörige oder Mitbewohner kommen als Täter in Betracht (externe Gewalt und Vernachlässigung). Obwohl sich die Medien zunehmend mit Gewalt und Vernachlässigung in stationären Einrichtungen beschäftigen, gibt es zur Verbreitung derartiger Vorfälle nur vereinzelte Erkenntnisse. Gründe hierfür dürften die relative Abgeschlossenheit der Pflegeeinrichtungen – in diesem Zusammenhang wird bisweilen auch von „to-

talen Institutionen“ gesprochen – und die Tatsache sein, dass dort untergebrachte alte Menschen oftmals niemanden in ihrer Familie haben, der sich um sie kümmert. Zudem können sich viele Heimbewohner nicht oder nicht angemessen beschweren beziehungsweise wissen nicht, an wen sie sich wenden können.

Demographisch gesehen werden künftig in Alten- und Pflegeheimen deutlich mehr Menschen und damit potenzielle Opfer leben, denn das Zusammenspiel von demographischem und sozialem Wandel lässt eine Verschiebung des Pflegesettings weg von der informellen Pflege durch Angehörige hin zu der professionellen Pflege durch ambulante Pflegedienste und Pflegeheime erwarten. Die Zahl der auf Betreuung und Pflege angewiesenen Menschen steigt, da mit einem höheren Lebensalter regelmäßig ein größeres Pflegebedürftigkeitsrisiko einhergeht. Gleichzeitig steht der wachsenden Zahl Pflegebedürftiger eine Abnahme des informellen Pflegepotenzials (nichtprofessioneller Helfer im sozialen Umfeld) gegenüber.

Vor allem betrifft dies – aus verschiedenen Gründen – die Bevölkerungsteile mit niedrigem Sozialstatus, Bevölkerungsteile also, bei denen ein geringes Einkommen, ein niedriger Bildungsstand und schlechte Berufsaussichten mit einem konservativen Rollenverständnis von Mann und Frau zusammentreffen. Ihre höhere Pflegebereitschaft hängt weniger mit moralischen Erwägungen zusammen als vielmehr mit einer Abwägung von Kosten und Nutzen. Ein etwa durch die fortschreitende Akademisierung höheres Maß an beruflichen, sozialen und kulturellen Möglichkeiten macht die häusliche Versorgung Pflegebedürftiger für deren Angehörige unattraktiv.

Die bislang in Studien zusammengetragenen Angaben zum Ausmaß pflegerischer Gewalt und Vernachlässigung variieren

zum Teil erheblich. Man muss aber von einer großen Anzahl von Taten gegen alte Menschen in Pflegeheimen ausgehen, zumal nur ein Bruchteil davon bekannt und angezeigt wird. Schätzungen zufolge hat jeder zehnte ältere Mensch Gewalt in den eigenen vier Wänden erfahren, in Pflegeheimen sogar jeder fünfte. Zehn Prozent aller Fixierungen in Heimen sollen ohne rechtliche Grundlage geschehen. Die Mittel der Gewalt sind bisweilen subtil. Sie reichen von Krücken, die für den Patienten nicht erreichbar sind, über festgestellte Rollstuhlbremsen, Sedierungen, Bettgitter und Gurte bis hin zu Vernachlässigungen und Schlägen. Mehr als ein Drittel der Pflegekräfte gab in einer anonymen Befragung zu, im zurückliegenden Jahr wenigstens eine Form problematischen Verhaltens gezeigt zu haben. Ein Drittel war allerdings auch selbst Opfer von Gewalt durch Pflegebedürftige geworden.

Pflegeheime könnte man daher als „ideale Tatorte“ bezeichnen, wo Taten nur selten bekannt und noch seltener angezeigt werden. Selbst wenn Polizei und Staatsanwaltschaft aufgrund einer Strafanzeige wegen Gewalt oder Vernachlässigung ermitteln, gelingt es ihnen mangels Beweisen häufig nicht, den Tatverdacht zu erhärten. Entsprechend gibt es nur wenige Verurteilungen. Und wenn es sie gibt, erschöpfen sie sich zumeist in einer Geldstrafe.

Im Rahmen einer aktuellen, noch unveröffentlichten Studie an der Ruhr-Universität in Bochum wurde die Viktimisierung in Alten- und Pflegeheimen anhand von Strafakten untersucht. Sowohl im Bereich interner Gewalt als auch interner Vernachlässigung ermittelten Polizei und Staatsanwaltschaft am häufigsten gegen examinierte Pflegekräfte. Im Bereich der externen Gewalt wurden typischerweise andere Heimbewohner beziehungsweise Mitbewohner



Interne Gewalt (Pflegegewalt)

Die beschuldigte Pflegekraft arbeitet in einem Alten- und Pflegeheim. Sie ist unter anderem mit der Betreuung einer nach einem Schlaganfall linksseitig gelähmten Bewohnerin betraut. Während deren Pflege löst die Beschuldigte gegen den Willen der Geschädigten deren Hand von dem Haltegriff einer Aufstehhilfe, worauf diese rücklings auf das Bett stürzt und Schmerzen erleidet. Die Beschuldigte nimmt dies zumindest billigend in Kauf. Zudem drückt die Beschuldigte das angewinkelte rechte Bein der Geschädigten grundlos derart fest herunter, dass die Geschädigte vor Schmerzen laut aufschreit und wiederholte Male ruft: „Schwester, Schwester, Du tust mir weh, hör bitte damit auf!“ Dieser Aufforderung kommt die Beschuldigte jedoch zunächst nicht nach, sondern drückt weiterhin fest und mit übertriebener Kraft das Bein der Geschädigten herunter.

Externe Gewalt (Gewalt durch Dritte)

Der Beschuldigte bewohnt gemeinsam mit dem Geschädigten ein Zimmer im tatörtlichen Pflegeheim. Beide Beteiligte stehen nach Angaben des Pflegepersonals unter behördlicher Betreuung. Zur Tatzeit liegen die Beteiligten in ihren Betten, als es zu einer verbalen Auseinandersetzung kommt. Im Verlauf der Streitigkeiten uriniert der Geschädigte in einen Urin-Auffangbehälter („Ente“), schüttelt diesen und spritzt einen Teil des Inhalts in Richtung des Beschuldigten. Dieser verliert die Nerven, nimmt eine leere Glasflasche und schmeißt sie in Richtung des Geschädigten. Die Flasche trifft die Stirn des Geschädigten, wodurch dieser eine leichte Platzwunde davonträgt. Anschließend schlafen die beiden Beteiligten ein.

beschuldigt. Die nebenstehenden Beispiele (Kasten) verdeutlichen dies. Die Analyse der Ursachen hat gezeigt, dass zu kurz greift, wer allein auf die üblichen Verdächtigen „Überforderung, Stress, Überlastung und Hilflosigkeit“ zurückgreift. Gewalt und Vernachlässigung in Alten- und Pflegeheimen stellen sich vielmehr als das Resultat eines komplexen Zusammenspiels von strukturellen sowie verhaltens- und konstitutionsbedingten Faktoren dar. Im Bereich der Pflegegewalt trafen eine hohe Arbeitsverdichtung sowie ein von gegenseitigem Misstrauen geprägtes Arbeitsklima auf Pflegekräfte, die täglich vor der Aufgabe standen, alte Menschen zu pflegen, obwohl sie weder in ihrem privaten noch in ihrem dienstlichen Umfeld über adäquate Konfliktlösungsstrategien verfügten. Die Pflegekräfte waren nicht oder nur unzureichend auf solche Konflikte vorbereitet, und es gab in den meisten Einrichtungen keine entsprechenden Beratungs- oder Supervisionsangebote, an die sich betroffene Mitarbeiter wenden konnten. Der Umgang mit alten Menschen, die sich absichtlich oder altersbeziehungsweise krankheitsbedingt nicht prosozial verhielten, sondern eine Verweigerungshaltung einnahmen, gestaltete sich als äußerst anspruchsvoll und fordernd. Im Bereich der pflegerischen Vernachlässigung waren zahlreiche Opfer ebenfalls (zu meist demenzbedingt) „pflegeresistent“. Erschwerend kam ein stark reduzierter Allgemeinzustand hinzu: Die Opfer interner Vernachlässigung waren regelmäßig multimorbide, das heißt, sie litten unter mehreren Krankheiten, wobei oftmals psychische und physische Leiden zusammenkamen. Diese Opferdispositionen erwiesen sich besonders dann als problematisch, wenn sie auf organisatorische Fehler der Leitungsebene wie Mängel bei der Personalbemessung und Überwachung des Pflegeprozesses trafen oder auf Führungskräfte,

die sich der Kritik ihrer Mitarbeiter gegenüber verschlossen. Die kriminalitätsbegünstigenden Faktoren im Bereich der externen, insbesondere durch Mitbewohner begangenen Gewalt waren sehr heterogen. Ein wesentliches Problem war der Mangel an Privatsphäre. Vor allem das beengte Zusammenleben von Heimbewohnern in Zweibettzimmern gab Anlass für zahlreiche konfliktträchtige Situationen. Darüber hinaus gingen Vorfälle oft auf stark verhaltensauffällige Mitbewohner zurück, die mutmaßlich aus Kapazitäts- und Kostengründen in gewöhnlichen Alten- und Pflegeheimen versorgt wurden, anstatt in einer psychiatrischen Einrichtung untergebracht zu sein. Aber auch eigenes, unsoziales Verhalten der Geschädigten, das zum Beispiel in Herablassung gegenüber Mitbewohnern zum Ausdruck kam, und herrisches Verhalten von Angehörigen waren mutmaßliche Auslöser von Gewalt. Nicht zuletzt beruhten die Fälle externer Gewalt bisweilen auf banalen Streitigkeiten etwa um Zeitungen im Gemeinschaftsraum oder Essen im Speisesaal.

Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte werden weder die Einzelzimmerquote in Heimen erhöhen noch für eine geringere Arbeitsbelastung sorgen. Vielmehr muss unsere Gesellschaft Gewalt und Vernachlässigung in stationären Einrichtungen als ein sozialpolitisches Problem begreifen, dessen Lösung vor dem Hintergrund des sich bereits jetzt vollziehenden demographischen und sozialen Wandels keinen Aufschub duldet und nicht nur im Interesse alter Menschen ist. Denn die Jungen von heute sind die Alten von morgen. ■

Die Autoren: **Prof. Dr. Thomas Feltz** (Foto) ist Inhaber des Lehrstuhls für Kriminologie, Kriminalpolitik, Polizeiwissenschaft an der juristischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum (RUB). **Jörn Olhöft** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an diesem Lehrstuhl der RUB.



„Wir sind die Wirtschaft“

Ausgerechnet der neue US-Präsident Donald Trump will offenbar die hierzulande von Grünen und Linken oft harsch kritisierte Globalisierung einbremsen. Natürlich hat der liberale Welthandel auch seine Schattenseiten, wie immer im Leben gibt es nicht nur schwarz oder weiß. Darauf wies im vergangenen Jahr die Professorin Evi Hartmann aus Erlangen mit dem in der Wirtschaftspresse kontrovers diskutierten Buch „Wie viele Sklaven halten Sie?“ hin. Doch auch sie kommt zu dem Schluss: Wir können die Globalisierung nicht abschaffen, auch können wir die Spielregeln nicht ändern. Doch wir können anders spielen ...

Souverän: Sie haben ein Buch geschrieben über das Thema Globalisierung und Moral. Titel: „Wie viele Sklaven halten Sie?“ Nun, wie viele Sklaven hält sich der Bundesbürger denn durchschnittlich und warum?

Prof. Hartmann: Wir brauchen den Durchschnitt nicht. Jeder kann seinen individuellen „Sklaven-Fußabdruck“ relativ genau ermitteln. Mit Kalkulatoren wie zum Beispiel auf slaveryfootprint.org. Ich habe beispielsweise ein Smartphone: Für das darin verbaute Gold, Zinn, Coltan und Wolfram werden Sklaven in die Minen des Kongo gepresst. Für die Kleidung, die ich trage, arbeiten Sklaven auf den Baumwoll-Plantagen. Und so weiter und so fort. Insgesamt komme ich so auf ungefähr 60 Sklaven, die mittelbar für mich arbeiten – obwohl ich das nicht möchte.

In Eritrea gibt es weniger Internet-Anschlüsse als in Esslingen, und die Amerikaner verbrauchen mehr Wasser für ihre Golfplätze als die Malis zum Trinken, mehr Energie für die Illumination Las Vegas‘ als der Kongo für seine gesamte Industrie. Die Profiteure der heutigen Weltwirtschaft sitzen offensichtlich vor allem in den westlichen Industrieländern?

Das haben Sie tadellos recherchiert. Wenn wir alle derart sorgsam Informationen über die Wirtschaft, von der wir leben, einholen würden, wären die weltweiten Zustände nicht halb so schlimm. Vergessen sollten wir jedoch nicht: Bei allen Missständen vor allem in vielen Schwellenländern profitieren auch sie von der Globalisierung. Denn wenn es dank der Globalisierung den Sweat Shop nicht gäbe, in dem ich mir die Finger

an Getriebeteilen blutig fräse, müsste ich verhungern. Also rettet mich die moderne Wirtschaft mit etwas Schlimmem vor etwas noch Schlimmerem. Das ist nicht gut. Aber vielleicht ist es besser als der Tod.

Sie argumentieren vor allem mit Beispielen aus Textilwirtschaft und -handel. Wie übertragbar sind Beispiele und Argumente auf andere Produkte und Branchen?

Es besteht aus meiner Sicht zwischen den Branchen kein prinzipieller, lediglich ein gradueller Unterschied. Geht man eine x-beliebige Lieferkette nur weit genug „upstream“, also zu ihrem Ursprung beim Lieferanten vom Lieferanten vom Lieferanten, findet man in den Schwellenländern eher öfter als seltener unmenschliche Arbeitsbedingungen. Die zuständigen Supply Chain Manager wissen oder ahnen das auch.

Als BWL-Professorin sind Sie spezialisiert auf das sogenannte Supply Chain Management, also die Erforschung der Lieferkette vom Rohstoff bis zum Endprodukt. In dieser Kette stellt sich ja auch täglich die Frage nach der Wettbewerbsfähigkeit von Lieferanten und Produzenten. Von daher: Ist



Prof. Dr. Evi Hartmann absolvierte ein Ingenieurstudium in Karlsruhe und Berkeley (USA), promovierte in Berlin. Am Lehrstuhl Betriebswirtschaftslehre/Logistik an der Universität Erlangen-Nürnberg ist sie Professorin für „Supply Chain Management“ (SCM) und leitet die Fraunhofer-Arbeitsgruppe für Supply Chain Service. Supply Chain Management (Lieferkettenmanagement) ist ein prozessorientierter Managementansatz, der alle Flüsse von Rohstoffen, Bauteilen, Halbfertig- und Endprodukten und Informationen entlang der Wertschöpfungs- und Lieferkette („Supply Chain“) vom Rohstofflieferanten bis zum Endkunden umfasst und das Ziel der Ressourcenoptimierung für alle an der Supply Chain beteiligten Unternehmen verfolgt.



Moral den Managern schlicht zu teuer – oder auch zu riskant?

Das sind zwei beliebte Mythen, auf die kein Manager, der rechnen kann, heute noch hereinfällt. Der Anteil der Lohnkosten zum Beispiel an Kleidung und Turnschuhen beträgt oft nur ein Prozent. Das heißt: Legt der westliche Konzern zwei Cent drauf, könnten die Lohnsklaven von ihrem Lohn leben. Man spricht dann von einem Living Wage. Manche Unternehmen bezahlen ihn bereits. Ein guter Manager jammert nicht wegen der zwei Cent über den „mörderischen Konkurrenzdruck“, sondern verschafft diese zwei Cent seinen Lieferanten mittels größerer Auftragsvolumen und besseren Supplier Developments (Unterstützung für Lieferanten) – dann gehen die zwei Cent noch nicht mal von seinem Gewinn ab! Moral braucht nicht mehr Geld, sondern besseres Management.

In der Realität liegt der Welt-handel heute überwiegend in den Händen von vielleicht 100 Großkonzernen, und 15 Multis kontrollieren heute mehr Wirtschaftsleistung als die 60 ärmsten Staaten dieser Welt. Tragen Multis die Hauptverantwortung für die dunkle Seite der Globalisierung?

Multis sind mächtig. Regierungen sind mächtig. Aber wissen Sie, wer am mächtigsten von allen ist? Wir. Der Souverän. Entschuldigen Sie das Wortspiel. Artikel 20 des Grundgesetzes kodifiziert das Prinzip der Volkssouveränität für den Staat, doch das Prinzip gilt auch und gerade für die Wirtschaft. Wir vergessen das nur oft. Wenn wir alle ab morgen nur noch fairen Kaffee trinken, was meinen Sie, wie schnell die Kaffee-konzerne fair werden! Nicht die Konzerne sind die Wirtschaft. Wir sind die Wirtschaft.

Folgerichtig zeigen Sie in Ihrem Buch auf, in welchem Maße jeder und jede von uns in der westlichen Welt als Konsument von der Not armer Produzenten profitieren – oder deren Schicksal ändern können. Liegt hier ein Schlüssel? Kann der Einzelne durch bewussteren Konsum tatsäch-

Moral war und ist nicht in erster Linie eine gesellschaftliche, sondern eine individuelle Herausforderung:
Möchte ich ein guter Mensch sein?

lich etwas an den Zuständigkeiten und Abhängigkeiten ändern?

Ja. Schlicht und einfach nur: Ja. Und es geschieht bereits! Jeden Tag. Nachhaltige Modelabels schießen wie Pilze aus dem Boden. Ein großer Sportartikel-Hersteller behandelt seine Lieferanten gut – also kaufe ich lieber bei ihm. Mit meinen 80 Euro für ein paar neue Turnschuhe ändere ich die Welt! Und das Tollste daran: Es fühlt sich gut an. Die Schuhe sehen nicht nur gut an mir aus, ich weiß auch, dass ich etwas Gutes damit tue. Durch meinen Konsum werde ich ein guter Mensch. Dieser Moralgewinn des Konsums wird meiner Ansicht nach sträflich unterschätzt.

Debatten um Moral und Ethik in der Wirtschaft gibt es seit Jahrzehnten. Da Ethik die Theorie vom richtigen Handeln und nicht vom guten Denken ist, hat man oft den Verdacht, hier bleibt es bei Sonntagsreden von Weltverbesserern, während Verhalten und Entscheidungen im täglichen Handeln weiterhin knallhart an der Devise „Der Gewinn heiligt das Geschäftsge-baren“ ausgerichtet werden. Was lässt Sie auf eine Trendwende hoffen?

Nichts. Seit Jahrhunderten ändert sich die Menschheit nicht wesentlich. Es gibt wie vor Urzeiten Gut und Böse, Licht und Schatten. Moral interessiert sich nicht für eine Trendwende, weil Moral nicht Mode ist. In der Mode gibt es Trends, bei der Moral zählt dagegen nur der Mensch. Und jeder vernünftige Mensch fragt sich meist zur Mitte seines Lebens: Wer möchte ich sein? Jemand, der andere via Konsum ausbeutet und denkt: Geht mich nichts an, kann ich ja nichts dafür? Möchte ich da weiterhin blind und taub mitmachen? Oder möchte ich ein guter Mensch sein? Wer über diese Fragen nachdenkt, erreicht tatsächlich eine Trendwende: für sich und sein Leben. Dass er oder sie „nebenbei“ damit die Welt zu einer besseren Welt macht – schön.

Im Grunde wissen oder ahnen wir alle, dass wir mehr auf die Herkunft der Produkte achten sollten, die wir kaufen. Aber wir tun's oft nicht. Warum nicht?

Tatsächlich ist das die meiner Meinung nach

interessanteste Frage bei der ganzen Moraldiskussion. Die Wissenschaft untersucht sie unter dem Schlagwort der Verhaltensökonomie: Ständig fahre ich am

Weltladen vorbei – warum halte ich nicht endlich mal und kaufe fairen Honig, faire Bananen und fairen Kaffee? Ständig klicke ich im Online-Supermarkt – das faire Online-Produkt wäre ebenfalls nur einen Mausklick entfernt, warum klicke ich nicht endlich? Und die banale Antwort lautet: Weil ich ein Gewohnheitstier bin. Moral ist letztendlich nichts Hehres und Abgehobenes, sondern eine triviale Frage des Handelns: Wie kriege ich mich dazu, meine Intentions-Verhaltens-Lücke zu schließen?

Gute Frage. Ich gebe sie zurück: Wie schaffen wir das?

Wenn wir eines aus der Erforschung der Verhaltensaktivierung gelernt haben, dann das: Wir ändern unser Verhalten nicht, wenn wir überzeugt von dessen Richtigkeit werden oder das Problem besser verstehen oder der Leidensdruck nur groß genug ist. Manchmal gelingt das, oft nicht. Am weitaus häufigsten gelingt es, wenn wir nicht über ein Problem nachdenken, sondern etwas tun. Irgendwas! Ich ändere meine Fahrtroute und fahre jetzt zumindest auf dem täglichen Nachhauseweg am Weltladen vorbei. Oft reicht schon so eine einzige kleine, unzureichende, aber konkrete Verhaltensänderung, um einen Dominoeffekt auszulösen. Beim nächsten Vorbeifahren halte ich dann tatsächlich.

Können internationale Wirtschaftsverträge, wie zum Beispiel Freihandelsabkommen unter dem Dach der Welt-handelsorganisation WTO, für mehr fairen Handel sorgen?

Ja, natürlich. Das sollten, das müssten sie. Ob sie es tatsächlich tun, ist eine wissenschaftlich interessante Frage. Sie können die Standards weltweit verbessern. Oder sie können es Investoren mit Hilfe von Investorenschutzklauseln erleichtern, Kommunen und Regierungen zu Geiseln zu nehmen und die lokale Wirtschaft plattzumachen. Denn unter den vielen Aspekten bei der Verhandlung solcher Abkommen sind Moral und Fairness leider oft nur ein untergeordneter Gesichtspunkt. Das ist schade. Aber auch normal. Moral war und ist nicht in erster Linie eine gesellschaftliche, sondern eine individuelle Herausforderung: Möchte ich ein guter Mensch sein? ■



500 Jahre Reformation:

„Der Lernweg für die Kirchen war lang“

AM ANFANG
WAR DAS WORT



500 Jahre sind vergangen, seit Martin Luther seine 95 Thesen veröffentlichte. Ein Ereignis, das die Welt veränderte – und Anlass für ein großes Jubiläum, das 2017 nicht nur in den Lutherstädten Wittenberg und Eisleben gebührend gefeiert wird. Souverän sprach zu diesem Anlass mit dem Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche, Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm.

Herr Professor Bedford-Strohm, zum 500. Jahrestag dreht sich vermutlich (fast) alles um Martin Luther. Kommen Reformatoren wie Johannes Calvin, Thomas Müntzer, Johannes Brenz oder auch Philipp I. von Hessen dabei etwas zu kurz?

In Deutschland und an vielen Orten weltweit gibt es in diesem Jahr tausende Veranstaltungen und Ausstellungen zum Reformationsjubiläum. In keiner Buchhandlung kommen Sie derzeit an Neuerscheinungen zur Reformation vorbei. Ich habe nicht die Sorge, dass beim 500. Reformationsjubiläum nur Martin Luther im Mittelpunkt steht. Wir feiern in diesem Jahr kein protestantisches Heldengedenken. Anliegen der Reformation und übrigens auch Luthers war es, neu auf Christus hinzuweisen und das Evangelium neu zur Geltung bringen. Deswegen begehen wir das Jahr als großes Christusfest. Darüber hinaus ging die Reformation ja nicht nur von Luther aus, sondern von ganz vielen Reformatoren an den unterschiedlichsten Orten Europas. Übrigens auch von vielen Frauen. Daran erinnert die EKD unter anderem mit einem Europäi-

schen Stationenweg, der 67 Städte der Reformation in 19 Ländern Europa miteinander verbindet.

Was werden die Programm-Highlights sein bei den geplanten Feierlichkeiten?

Ich freue mich vor allem auf viele schöne Gottesdienste, allen voran der große Festgottesdienst am 28. Mai auf den Elbwiesen in Wittenberg. Wenn sich zum Kirchentag in Berlin und Wittenberg und zur Weltausstellung „Tore der Freiheit“ in Wittenberg mehrere zehntausend Jugendliche versammeln, dann wird die große Kraft, die vom christlichen Glauben ausgeht, spürbar werden. Wir wollen deutlich machen, dass sich die Kirche auf den Weg gemacht hat, nach vorne schaut und frisch und lebendig geblieben ist. Ein echtes Highlight wäre, für mich wenn auf diesem Wege eine „Generation 2017“ heranwächst. Jugendliche, die ihr ganzes Leben lang an dieses Jahr zurückdenken, sich erinnern und sagen: Wir sind damals dabei gewesen. Und wir haben damals Impulse für unser ganzes Leben erhalten. Ich kann allen nur wärmstens empfehlen, im Reformations-sommer 2017 mindestens einmal nach Wittenberg zu kommen. Da muss man in diesem Jahr einfach gewesen sein!

Was waren aus Ihrer Sicht die markantesten Punkte der nun 500-jährigen evangelischen Kirchengeschichte? Was die größten Erfolge, die größten Irrtümer?

Die Reformation prägt unsere Frömmigkeit, unser Denken, unsere Kultur und Sprache bis auf den heutigen Tag. Dieser Tatsache trägt ja auch der bundesweite Sonderfeiertag am 31. Oktober Rechnung. Das Reformati-

onsjubiläum ist damit eine gute Gelegenheit für eine Entdeckungsreise zu dem, was uns als moderne und vielfältige Gesellschaft trägt. Wir entdecken, dass wir in geschenkter Freiheit leben. Schon der Blick zurück auf das letzte große Jahrhundertjubiläum der Reformation im Jahr 1917, das von Monarchie und Kriegsherrlichkeit geprägt war, zeigt, wie wertvoll das Geschenk von Freiheit und Frieden ist, das wir heute genießen dürfen. Und der auch von Protestanten geförderte Nationalismus der damaligen Zeit macht deutlich, welche Irrtümer Teil der evangelischen Kirchengeschichte sind. Der Lernweg für die Kirchen in Sachen Toleranz, Menschenrechte und Demokratie war lang. Gott sei Dank leisten Christinnen und Christen heute einen unverzichtbaren Beitrag zu einem weltoffenen, friedlichen und toleranten Deutschland.

Ein historisches Papstgebet mit Protestanten in Schweden, ein Gottesdienst im Geist der Ökumene und ein Festakt in Berlin: Der Auftakt zum 500. Jubiläumsjahr der Reformation lässt Christen weltweit auf eine weitere Annäherung von Katholiken und Protestanten hoffen. Wächst wieder zusammen, was einst zusammen betete?

Martin Luther wollte keine neue Kirche gründen. Ihm würde die ökumenische Ausrichtung 2017 gut gefallen. Denn vieles, was zur Zeit der Reformation vor 500 Jahren die Kirchen trennte, ist heute kein Trennungsgrund mehr. Die katholische Kirche heute ist nicht mehr die des 16. Jahrhunderts. 500 Jahre nach der Reformation können evangelische und katholische Kirche 2017 gemeinsam zurückblicken und zu-



DENKMAL. EIN WORT DER REFORMATION.



Durch Martin Luthers Schriften
haben auch viele neue und einzig-
artige Worte den Weg in unseren
Sprachgebrauch gefunden –
wie z. B. das Wort „Denkmal“.

Mehr über die Geschichte
Martin Luthers und seine Aus-
wirkungen auf unsere Denkmale:
www.luther-jubilaem-2017.de

Wir erhalten Einzigartiges.
Mit Ihrer Hilfe.

Spendenkonto

IBAN: DE71 500 400 500 400 500 400
BIC: COBA DE FF XXX, Commerzbank AG

www.denkmalschutz.de



DEUTSCHE STIFTUNG
DENKMALSCHUTZ

Wir bauen auf Kultur.



Martin Luther verbrennt die päpstliche Bulle, Bestellung seiner excommunication von der römisch-katholischen Kirche. Original Illustration von „Martin Luther“ von Gustav Freytag, von The Open Court Publishing Company, 1897

sammen ein großes Christusfest feiern. Mit dieser deutlichen Unterscheidung von allen anderen Jubiläen der vergangenen Jahrhunderte setzen wir ein Signal der Versöhnung und des Aufbruchs. Das haben wir mit einer gemeinsamen Pilgerreise ins Heilige Land ebenso deutlich gemacht wie vor wenigen Wochen bei dem Besuch einer EKD-Delegation beim Papst, an dem auch der Vorsitzende der Deutschen Bischofs Konferenz, Kardinal Reinhard Marx, teilgenommen hat. Die Ausrichtung des Gedenkens auf Christus führte auch dazu, dass die beiden großen Kirchen unter dem Stichwort „healing of memories“ einen grundlegenden Text erarbeitet haben, der die Wunden und Verletzungen aufrichtig benennt, die durch die Entwicklungen der vergangenen Jahrhunderte entstanden sind. Diese aufrichtige Besinnung ermöglicht einen Buß- und Versöhnungsgottesdienst, der am 11. März 2017 in der Hildesheimer Simultankirche St. Michaelis gefeiert wird, und der die Schuld- und Versöhnungsgeschichte vor Gott und der Gemeinde bekennen wird.

Die aktuelle Weltlage ist komplex und mit gefährlichen Konflikten behaftet. Was kann, was muss die Evangelische Kirche in einer solchen Zeit der Verunsicherung leisten?

Ich glaube, dass es noch nie so wichtig war wie heute, auf die Botschaft des Evangeliums zu hören. Das Gefühl des Kontrollverlustes hat sicher zugenommen. Die Menschen haben den Eindruck, dass sie von

Entscheidungen betroffen sind, die sie selbst nicht mehr beeinflussen können. Es entsteht ein Gefühl der Ohnmacht. Wer an Gott glaubt, weiß, dass diese Welt in Gottes Hand liegt, und dass Gott seine Schöpfung nicht verlassen wird. Wenn wir heute von weltweiter Gewalt hören oder Naturzerstörung erleben, dann müssen wir nicht verzweifeln, sondern können das getrost auch in den Kontext einer großen Hoffnungsgeschichte stellen: Das Leiden, der Tod, das Sterben von Jesus am Kreuz sind nicht das letzte Wort, denn Jesus ist auferstanden. Wer die Hoffnungsgeschichten der Bibel vor Augen hat, der kann auch in unsicheren Zeiten aus der Zuversicht leben.

Den Kirchen wird oft vorgeworfen, sich nicht nachdrücklich genug zu den Problemen dieser Welt zu äußern. Was sagen Sie diesen Kritikern?

Bisweilen hören wir aber auch genau den gegenteiligen Vorwurf, nämlich, dass wir uns zu sehr um weltliche Dinge kümmern. Ich denke, dass wir weder zu der einen noch zu der anderen Seite zu stark neigen. Ich wünsche mir, dass wir als Christen für unseren Glauben eintreten. Dass wir aus der geistlichen Kraft des Glaubens heraus öffentlich Orientierung geben. Und ich wünsche mir, dass man das in der Öffentlichkeit auch spürt. Wer fromm ist, muss auch politisch sein. Es nutzt niemandem, wenn wir die beste Botschaft der Welt haben, aber keiner merkt es. Die große Kraft, die vom christlichen Glauben ausgeht, muss so weit wie möglich spürbar werden. Wir müssen „die Botschaft von der freien Gnade Gottes ... an alles Volk“, ausrichten, wie es die Barmer Theologische Erklärung 1934 in der Zeit des Nationalsozialismus formuliert hat. Das ist für mich nach wie vor der Kern unseres Christseins.

Zurück zu Martin Luther: Der Reformator, so heißt es kritisch, habe auch seine dunklen Seiten gehabt, beispielsweise wiederholt zu Mord und Totschlag aufgerufen und Antisemitismus gepredigt. Gibt es hier noch Aufarbeitungs- bzw. Aufklärungsbedarf?

Luther hat sich in seiner Spätzeit unhaltbar und in kruden Thesen über das Judentum geäußert. Diese Verirrungen können nur Anlass zu Trauer und Scham sein. Die Synode der EKD hat sich von den judenfeindlichen Äußerungen und Schriften deshalb klar distanziert. Aber auch abseits davon stellen wir Luther heute nicht auf einen Sockel - wir sehen auch seine anderen problematischen Seiten und sprechen diese offen an. Diese Kritik an Luther mag für viele zunächst irritierend sein. Aber die Kritik an Luther wird auch Luther gerecht. Denn er wäre sicher der erste, der nach 500 Jahren Selbstprüfung zu dem gleichen kritischen Ergebnis kommen würde wie wir. Diese Demut, dass wir unsere Grenzen wahrnehmen, ist eine Stärke der reformatorischen Erkenntnis. Und deswegen können wir das Reformationsjubiläum auch nur so, mit dieser Kritik an den dunklen Seiten, feiern.

Und noch ein Ausflug in die Historie: Am 31. Oktober 1517 habe Luther seine 95 Thesen an die Schlosskirche in Wittenberg genagelt, so heißt es in den Schulbüchern. Historiker meinen, er hätte keineswegs die Thesen angeschlagen, sondern an den Erzbischof Albrecht von Magdeburg-Mainz und den Bischof Hieronymus von Brandenburg geschickt. Was sagt die neuere theologische Forschung dazu? Müssen die Schulbücher umgeschrieben werden?

An der Frage, ob die legendären Hammer schläge nun historisch sind oder eben doch nur Legende, entscheidet sich nicht die Bedeutung der Reformation. Was einen bleibenden Platz in den Schulbüchern haben wird, ist Luthers Bekennermut, den er mit der Veröffentlichung der 95 Thesen an den Tag gelegt hat. Aus den eigenen sicheren Mauern herausgehen, in den Konflikten und Nöten der Menschen heute präsent sein, sich einmischen, Position beziehen, Partei ergreifen für die Schwachen, für die Verletzlichen, für die Ausgestoßenen, etwas wagen – das könnte auch der reformatorische Impuls von heute sein. ■

AUS DER SENIOREN-UNION

29. CDU-Bundesparteitag in Essen: Senioren-Union setzt sich durch

Die Ruhrmetropole Essen war Schauplatz des 29. CDU-Bundesparteitages. Wohlüberlegt und mit Augenmaß haben sich dabei Delegierte der Senioren-Union mit eigenen Vorschlägen und Anträgen an das höchste Parteigremium gewandt und in allen Fällen Annahme und Zustimmung erfahren. So zum Beispiel mit der Forderung nach Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlin, das nicht nur an die friedliche Revolution im Herbst 1989 und die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands, sondern ebenso an die freiheitlichen Bewegungen in Deutschland in den vergangenen Jahrhunderten erinnern soll. Dieses Projekt war im April 2016 gestoppt worden, soll aber nun auf Antrag der Senioren-Union wieder aufgegriffen und endlich verwirklicht werden.

In einem weiteren einstimmig vom Parteitag verabschiedeten Antrag verlangt die Senioren-Union, der Religionsfreiheit mehr Beachtung zu schenken und u.a. die weltweite Christenverfolgung zu ächten. „Freie Religionsausübung gehört zu den individuellen Menschenrechten“, stellte dazu der Bundesvorsitzende der CDU-Senioren, Prof. Dr. Otto Wulff, fest. „Mehr als 100 Millionen Christen werden weltweit an Leib und Leben bedroht, deswegen müssen Vereinte Nationen und Europäische Union diesem Thema mehr Beachtung schenken.“

Andere Anliegen, in denen sich die Senioren in der CDU durchgesetzt haben, for-

dern z.B. das Verbot der Vollverschleierung, die Einsetzung eines Demographiebeauftragten, die Unterstützung durch die Bundesanstalt für Arbeit bei der Vermittlung nachberuflicher Tätigkeiten sowie die Einführung von einheitlichen und verbindlichen Standards in Pflegeheimen und Senioreneinrichtungen.

Nach einer fulminanten und stellenweise sehr persönlich gehaltenen Rede der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, in der sie auch auf die Problematik des demographischen Wandels hinwies, unterstrich Wulff in der anschließenden Aussprache die Bedeutung und die Rolle der älteren Generation bei den politischen Entscheidungsprozessen. Wulff verwies auch auf das Motto des Essener Parteitages: „Unsere Werte, unsere Zukunft – gemäß diesem Leitsatz wollen und werden wir die Erfahrungen der Älteren einbringen und Politik mitgestalten.“

Vor diesem Hintergrund konnte die Senioren-Union auch bei der turnusgemäßen Neuwahl des CDU-Bundesvorstandes ein Ausrufezeichen setzen. SU-Chef Otto Wulff erzielte bei 29 Mitbewerbern mit 89,6 Prozent Platz 3 unter den Beisitzern und damit das bisher beste Ergebnis für einen Bewerber der Senioren-Union überhaupt.

In der Senioren-Union wird dieses hervorragende Ergebnis als Anerkennung der bisher geleisteten Arbeit und Bestätigung des besonderen Gewichts der älteren Generation gewertet.

▼ **Full house: Über 3.000 Delegierte, Gäste und Journalisten füllten die Grugahalle in Essen fast bis auf den letzten Platz.**

▲ **Union der Generationen: JU- und SU-Vorsitzender einträchtig auf einem Wahlkampfbus der Berliner CDU-Zentrale.**



▲ Wie immer ein engagierter und wortgewaltiger Redner: SU-Bundesvorsitzender Prof. Dr. Otto Wulff am Rednerpult



▲ Zukunft braucht Erfahrung: Die Senioren-Union präsentierte sich auch in der Ruhr-Metropole mit einem eigenen Stand.



▲ Großes Medieninteresse: Prof. Dr. Otto Wulff im Interview.
▼ Für jede Diskussion offen – Heinz Soth (l.) und Leonhard Kuckart (M.) mit Dr. Hans-Gert Pöttering, KAS-Vorsitzender.



7. deutscher Altenbericht: SU-Ziele bestätigt

Das Bundeskabinett hat kürzlich den 7. Bericht zur Lage der älteren Generation verabschiedet. Dieser Altenbericht wird seit 1994 in jeder Legislaturperiode durch eine Sachverständigenkommission erarbeitet. Befasste sich der 6. Bericht im Jahr 2010 mit der Entwicklung von „Altersbildern“, so wird im aktuellen Bericht insbesondere die Situation älterer Menschen in den Kommunen in den Vordergrund gestellt.

Die Kommunen müssen Gestalter und Motor des demographischen Wandels sein. Von zentraler Bedeutung für ältere Menschen sind insbesondere ihre Wohnsituation und das unmittelbare Wohnumfeld, denn die meisten leben noch in ihrer eigenen Wohnung oder ihrem eigenen Haus und möchten dies auch so lange wie möglich tun. Um dies zu gewährleisten, spielt die Infrastruktur mit einer guten ärztlichen Versorgung, gut erreichbaren Geschäften und einem ausreichenden Angebot im öffentlichen Personennahverkehr eine wichtige Rolle. Aber auch geeignete Hilfestrukturen sowie Pflege- und Betreuungsmöglichkeiten, die an die unterschiedlichen Lebenssituationen älterer Menschen ange-

passt sind, tragen dazu bei, Seniorinnen und Senioren weiterhin ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Ein besonders wichtiger Aspekt, den auch wir als Senioren-Union für unverzichtbar halten, ist, dass älteren Menschen in ihren Kommunen ermöglicht wird, ihre Lebenssituation und ihr Umfeld selbst mitzugestalten. Dies kann auf der politischen Ebene erfolgen – nicht nur in Seniorenbeiräten, die es bereits in vielen Städten gibt, sondern auch in den kommunalen Parlamenten und in weiteren Ehrenämtern, in denen gerade viele ältere Menschen einen unverzichtbaren Dienst leisten. Wir haben uns als Senioren-Union daher immer gegen starre Altersgrenzen bei ehrenamtlichen Tätigkeiten gewandt und fordern die Parteien dazu auf, auch ältere Kandidaten auf ihren Wahllisten zu berücksichtigen, damit eine ausgewogene Zusammensetzung der politischen Entscheidungsträger zustande kommt.

Der 7. Altenbericht der Bundesregierung bestätigt die politische Zielsetzung der Senioren-Union. Die Kommunen haben bereits begonnen, altersgerechten Wohn-



raum, ein entsprechendes Wohnumfeld, barrierefreien Nahverkehr und eine umfassende Gesundheitsversorgung gerade auch in strukturschwachen Regionen zu schaffen – es muss aber zukünftig noch weitere Anstrengungen geben. Wir als Senioren-Union werden uns auch künftig dafür einsetzen, ein altersgerechtes Lebensumfeld für die ältere Generation zu etablieren, wozu eine Anstrengung aller politischen Ebenen notwendig ist – von den Kommunen bei der konkreten Planung und Durchführung der Maßnahmen, aber auch vom Land und Bund bei der Bereitstellung der Rahmenbedingungen und der finanziellen Unterstützung.

Alfons Gerling,
Bundesvorstandsmitglied
der Senioren-Union Deutschlands

Ich bin Mitglied der Senioren-Union, ...

weil ich meine Kenntnisse und Erfahrungen an die Jugend weitergeben und mit ihr gemeinsam unsere Zukunft gestalten möchte. Dabei gilt es, sowohl die Belange der älteren Generation, die unser Land aufgebaut hat, angemessen zu berücksichtigen, als auch die Weichen so zu stellen, dass die jungen Menschen mit Tatkraft und Zuversicht ihr Leben angehen und ausreichend Möglichkeiten zur eigenen Entfaltung und zur Gestaltung der Gesellschaft, in der sie leben wollen, haben.



Dr. Herlind Gundelach, CDU-MdB, von 2008 bis 2011 Hamburger Senatorin für Wissenschaft und Forschung, zudem von November 2010 bis März 2011 Senatorin für Finanzen sowie für Stadtentwicklung und Umwelt bei der Hansestadt Hamburg.

Senioren-Union Nordbaden: Bezirkstag in Bruchsal

Zum Jahresausklang 2016 setzten sich die Senioren der Union in Nordbaden intensiv mit der aktuellen geopolitischen Lage sowie der Außenwirkung der CDU in Baden-Württemberg auseinander. So sprach Peter Hauk, Minister für ländlichen Raum und Verbraucherschutz in Baden-Württemberg wie auch CDU-Vorsitzender von Nordbaden, durchaus selbstkritisch über die Wahlverluste, merkte aber auch an: „Wir sind wieder in der Regierung, sind aktiv und werden auch so wahrgenommen.“ Ähnlich im Tenor eine Diskussion zwischen Claus Bernhold, stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Senioren-Union, und MdL Ulli Hockenberger. Der Bezirkstag in Bruchsal beschloss drei Anträge zur Bundespolitik, konkret zur Energiewende, zur Gewerbesteuerverteilung und der Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank wegen deren negativen Auswirkungen auf die Möglichkeiten zur Eigenvorsorge.

Bei den Wahlen wurde Hans Rüdinger erneut als Bezirksvorsitzender bestätigt. Seine Stellvertreter sind Dr. Jutta Schmitz-Rixen und Rüdiger Köpke, als Schatzmeister fungiert Hermann Seubert. Hans Rüdinger kommentierte den Auftrag an die Gewählten mit den Worten: „Wer mit den Füßen auf dem Boden bleiben will, muss es wollen und ertragen, mit mehr Arbeit belastet zu werden.“ ■

Rentenkommission:

Sinnvoll und richtig

Der Bundesvorsitzende der Senioren-Union der CDU, Otto Wulff, unterstützt – wie auch der Bundesfachausschuss Arbeit und Sozialer der CDU – die Bildung einer Rentenkommission. Dabei müssten die Überlegungen u.a. dahin gehen, wie es gelingen könne, geringe Renten anzuheben und so Geringverdiener vor Altersarmut zu schützen. Es gelte insbesondere, ein angemessenes Verhältnis zwischen Rentenniveau und Rentenbeitrag beizubehalten.

„Ergebnis dürfen allerdings keine illusionären Versprechen zu künftigen Rentenentwicklungen oder zum Renteneintrittsalter sein, die über einen seriös überschaubaren Planungshorizont hinausgehen“, ergänzte der Vorsitzende der mit rd. 55.000 Mitgliedern zweitstärksten Vereinigung der CDU am Rande einer Bundesvorstandssitzung.

Das Rententhema gehöre auf alle Fälle auf die politische Tagesordnung, bekräftigte Wulff und kündigte an, die Senioren-Union werde sich auf den im Bundesfachausschuss erarbeiteten Grundlagen ebenfalls aktiv in die aktuelle Diskussion einbringen. „Hier ist die Kompetenz unserer Lebensjahre nicht nur hilfreich – sondern auch entscheidend! Zukunft braucht Erfahrung! Das hilft vor allem den Rentenempfängerinnen und Rentenempfängern von morgen!“ ■

Erarbeitung eines Grundsatzprogramms



Mit der Annahme des Antrages A 1 beschlossen die Delegierten der 16. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union im Herbst 2016 in Magdeburg, dass innerhalb der nächsten zwei Jahre ein Grundsatzprogramm ausgearbeitet werden soll. Hierin sind seniorenpolitische Schwerpunkte weiterzuentwickeln, neue Themenfelder aufzugreifen und zukünftige politische Gestaltungsmöglichkeiten zu umschreiben. Im Mittelpunkt der Erarbeitung stehen die Mitglieder der Senioren-Union. So soll die Beratung von Inhalten auf allen Ebenen erfolgen – im Land, Bezirk und

Kreis sowie natürlich auch auf Stadt- bzw. Ortsebene. Bis Ende Juni 2017 können Vorschläge zur Diskussionsgrundlage und neue inhaltliche Impulse für die Programmarbeit in der Bundesgeschäftsstelle eingereicht werden. Alle Infos zu den Möglichkeiten der Mitwirkung und dem weiteren Ablauf des Programmprozesses finden Sie auf der Homepage der Senioren-Union:

<http://www.senioren-union.de/politik/grundsatzprogramm.html>

Eine Vorlage für den formalen Aufbau von Programmvorschlägen können Sie ebenfalls dort herunterladen. ■

Senioren-Union mahnt US-Präsident Trump

Der Vorsitzende der Senioren-Union der CDU, Otto Wulff, hat einen engeren Schulterschluss der Europäischen Union in der Sicherheits- und Wirtschaftspolitik gefordert. "US-Präsident Donald Trump versucht Europa zu spalten", warnte Wulff kürzlich in Berlin vor neuen Importzöllen und schärferen Visa-Regelungen der USA. Wulff sprach sich für ein Festhalten an offenen Grenzen und eine intensivere militärische Zusammenarbeit in Europa aus. "Wir haben jetzt die Chance, mehr für die eigene Sicherheit zu tun und eine europäische Verteidigungs-Union zu schaffen, wenn Präsident Trump sich weiter zurückziehen will", sagte Wulff. Der Senioren-Vorsitzende erinnert

te daran, dass gerade die Älteren nach den schrecklichen Erfahrungen im 2. Weltkrieg auf ein stabiles Verteidigungsbündnis vertrauten. Im Zusammenhang mit den von Präsident Trump angeordneten Import-Zöllen auf ausländische Waren warnte Wulff vor den negativen Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft. „50



Prozent unserer Dienstleistungen und Waren gehen in den Export. Da wären dichte Grenzen und hohe Importzölle für die deutsche Wirtschaft eine Katastrophe.“ ■

Anspruchsvoller ESU-Terminkalender im ersten Halbjahr 2017

Die Europäische Senioren Union (ESU) sieht sich durch die aktuelle internationale Situation erneut herausgefordert, Position zu beziehen und durch ihre Mitgliedsverbände auf respektvolle Beziehungen der Staaten innerhalb und außerhalb Europas hinzuwirken. Der Durchsetzung ihres selbstgestellten Auftrags dient der ESU die Mitwirkung in der Führungsspitze und in Arbeitsgruppen der Europäischen Volkspartei (EVP/EPP), im Europäischen Parlament (hier vor allem durch den ESU-Vizepräsidenten Heinz K. Becker MdEP) und dessen Gesprächsforum „Freunde der ESU“, des Weiteren in der Plattform AGE, in nationalen Parlamenten (Beispiel Slowakei) und in landesweiten Seniorenräten (Beispiele: Tschechien, Polen).

Auf international besetzten Regionalkonferenzen werden auch in diesem Jahr die Mitgliedsverbände – es sind derzeit 34 in 27 Ländern plus drei Organisationen mit Beobachterstatus – ihre Erfahrungen austauschen. Zur Sprache kommen auch teils kontrovers diskutierte Themen wie: Umgang mit Flüchtlingen und Asylsuchenden, Beschränkung der Pressefreiheit und weiterer demokratischer Prinzipien sowie innere und äußere Sicherheit. So geplant für die Regionalkonferenz in Prag (10./12. März), aber auch bei einem Round-Table-Gespräch mit dem Roman-Schuman-Institut in Budapest (28. April) und während der Sommerakademie (30. Juni/2. Juli in Wien) wird es darum gehen.

Am Rande des EVP-Kongresses Ende März in Malta, wo „Europas Zukunft sichern“ das Hauptthema ist, will die ESU auf einer eigenen Veranstaltung konkrete Schritte zur Überwindung der Identitätskrise in allen Generationen beraten. Dabei kann sie sich auf bekannte Leitlinien ihres Wirkens beziehen: Sicherung der Menschenwürde vor allem für die Schutzbedürftigsten; sicheres und aktives Leben für alle – ohne Diskriminierung, auch nicht wegen des Alters; Solidarität der Generationen.



Elmar Brok, MdEP – einer von uns

Elmar Brok gehört dem Europäischen Parlament seit 1980 an. Von 1999 bis 2007 und 2012 bis Januar dieses Jahres – also mit Unterbrechung 13 Jahre lang – hatte der leidenschaftliche Europäer den Vorsitz im Auswärtigen Ausschuss inne. Er erwarb sich durch konsequentes Eintreten für die europäische Integration hohe Anerkennung. Anlässlich des nun vollzogenen Stabwechsels von Brok zu David Mc Allister hob em. Prof. Dr. An Hermans, Präsidentin der ESU, hervor, dass Elmar Brok auch in ESU-Kreisen hoch geschätzt sei. Wenn er vor der Sommerakademie der ESU in Wien spricht, kann er sich eines höchst konzentrierten Zuhörerkreises sicher sein. Es erfüllt die ESU mit Genugtuung, dass Brok in weiteren Gremien für Europa aktiv bleibt und der ESU als Vortragender zur Verfügung steht. Er ist Mitglied der Senioren-Union.

Gegenüber dem Deutschlandfunk äußerte er am 24. Januar seine Überzeugung, dass die Herausforderungen unserer Tage „von keinem Nationalstaat allein“ bewältigt werden können und rechtspopulistische Politiker „in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückkehren wollen“. Es gelte jetzt umso mehr, das Erlebnis „70 Jahre Frieden und Freiheit“ zu verteidigen.

Hunger kann besiegt werden



Die „Internationale Grüne Woche“ in Berlin gewinnt durch ihre Solidaritätsbekundungen für die Ärmsten unserer Erde immer mehr an Gewicht. So konnte die „Welthungerhilfe“ an einem Stand der Bundesregierung im Januar zwar Erfolge im Bemühen um eine gerechte Verteilung der Nahrungsmittel verkünden, sah sich aber veranlasst, inständig zu bitten, bei der Überwindung des Hungers und somit zum Überleben in noch sage und schreibe 50 Ländern engagiert mitzuhelfen. Fairer Einkauf ist eine der zahlreichen Methoden. Bei vielen der 400 000 Besucher war das Interesse an politischen Themen wie diesem riesig. Die Veranstaltungsarenen waren stets gut gefüllt. Zu den Möglichkeiten, auch die Menschen in weiten Teilen Südasiens und Afrikas satt zu bekommen, zählt nicht zuletzt der sorgfältige Umgang mit Nahrungsmitteln: So müsse Schluss sein mit der Praxis, dass z.B. in Deutschland von jedem Bürger im Durchschnitt eines Jahres 82 kg Essen in der Mülltonne landen, äußerten engagierte Zuhörer übereinstimmend.

Auffällig war auf der diesjährigen „Grünen Woche“, dass zahlreiche Stände europäischer Länder auf Kooperationen innerhalb der EU verwiesen. An hervorgehobener Stelle wurde zum Besuch der Internationalen Gartenausstellung (IGA) in Berlin-Marzahn eingeladen. Sie ist vom 13. April (Gründonnerstag) bis 15. Oktober geöffnet. Ein Wagen der Schwebebahn war schon zu betrachten.

Texte und Fotos: Ulrich Winz





Sie haben das Wort ...

Ihre Meinung zu den
Artikeln in Souverän
interessiert uns.
Bitte schreiben Sie uns:

**Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Leserbriefe
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin**

Die Redaktion behält sich vor,
Leserbriefe sinngemäß zu kürzen.

„Wir wollen mehr Mitverantwortung“ Zur Souverän 4-2016, S. 6-10

Natürlich halte ich die Forderung der „16. Bundesversammlung der Senioren-Union 2016“ nach „mehr Mitverantwortung“ bei der sozialen Sicherheit von uns Älteren für richtig. Schließlich wissen wir als Betroffene am besten, was dafür zu tun ist. Doch auch als dankbarer Nutznießer will ich nicht nur zunächst an mich denken und für Geleistetes mir auf die Schulter klopfen (lassen), sondern ich muss auch an die Zukunft Jüngerer denken und erkennen, dass vieles von uns auch falsch gemacht wurde und wird. Wer trägt denn die Verantwortung für die Klimaerwärmung mit ihren verheerenden Folgen? Warum schmelzen Gletscher und das arktische Eis? Warum gibt es immer mehr sich häufende Naturkatastrophen? Warum sterben die tropischen Regenwälder und dadurch viele Tier- und Pflanzenarten? Warum haben wir auf Kernkraftwerke gesetzt und wissen bis heute nicht, wie wir den giftigen Atommüll entsorgen wollen? Warum versinken wir teilweise im Verkehrschaos und schlucken vielfach Feinstaub? Über diese von uns mitbewirkten katastrophalen Auswirkungen unseres Tuns sollten wir uns auch Gedanken machen und bei Kongressen und Versammlungen Lösungen anstreben. Das ist bei der jüngsten Bundesdelegiertenversammlung der Union nicht geschehen. Ständig nur direkt an sich zu denken und sich auf Lorbeeren auszuruhen ist mir zuwider und langweilt mich auf Treffen von uns Älteren.

Gustav Bächler, 74354 Besigheim

Bild des Alters hat sich positiv gewandelt Zur Souverän 3-2016, S. 34

Leider wissen wir nicht, wer die Daten für die positive Altersentwicklung geliefert hat. Wir stimmen jedoch zu, dass sich das Bild vom Alter zum Teil zum Positiven gewandelt hat. Aber die Gründe sehen wir woanders. Seit über zehn Jahren sind wir, die Senioren-Union Brüggen, ehrenamtlich in einem Altersheim aktiv. Kritisch beobachten wir die Entwicklung der Unterstützung durch Familie und Freunde. Solange man sich selbst in die Gesellschaft einbringen kann, funktionieren Familie und Freundeskreis. Braucht man aber eine längere Zeit notwendige Unterstützung, verliert sich diese aus unserer Erkenntnis lei-

der sehr schnell. Zurzeit liegt der gesetzliche Renteneintritt bei 65+ Jahren. Deshalb können wir Ihre Aussage, dass der Anteil der älteren Erwerbstätigen von 55-64 deutlich zugenommen hat, nicht so richtig nachvollziehen. Wir erkennen aber, dass viele Früh- und Altersrentner ihre Rente aufgrund der geringen Höhe durch Nebentätigkeiten aufbessern müssen. ... Auch zum Thema Altersarmut sehen wir, dass immer mehr eine Essenstafel besuchen und Nebenarbeiten ausführen müssen, damit sie ihr Leben im Alter finanzieren können. ... Wir wollen hier gar nicht das Thema Kriminalität und Angsträume ansprechen. Deshalb können wir, kann ich einen positiven Trend leider nicht erkennen.

Karl-Heinz Stoffers, 41379 Brüggen

BUCHTIPP

Die machen eh, was sie wollen

Die Wut auf die Politik wächst. Und mit ihr der Frust und das Unbehagen der Bürger. Carsten Linnemann, MdB und Bundesvorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU (MIT), geht in seinem im Januar erschienenen Buch der Frage nach, warum die Menschen sich nicht mehr von der Politik vertreten und sogar verraten fühlen. Linnemann hinterfragt auch kritisch, warum der Politikbetrieb häufig nur auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner agiert. Anhand von wichtigen Zukunftsthemen sondiert er zudem Wege, wie verkrustete Strukturen aufgebrochen werden können. Ein offener Blick in den Maschinenraum der Politik von einem der jungen Parlamentarier – sympathisch offen, streitbar, auf den Punkt.

Carsten Linnemann. „Die machen eh, was sie wollen“ – Wut, Frust, Unbehagen – Politik muss besser werden; 168 Seiten, Herder-Verlag, Freiburg 2017, I S B N - 1 0 : 3451377365, 16,99 Euro



Passt der Islam zu Deutschland?

Der Islam und Deutschland – passt das zusammen? Eine Frage, die sich angesichts der aktuellen Entwicklung immer mehr Menschen in unserem Land stellen. Jenseits der extremen Positionen politisch korrekter Schönfärberei einerseits und pauschaler Verdammung

andererseits versucht Christoph Morgner wohltuend sachlich und unpolemisch eine Antwort. Er lässt Fakten und Quellen sprechen und gibt auch unbequemen Stimmen aus Politik, Medien, Wissenschaft u. a. – auch aus dem Islam selbst – Gehör. Die Brisanz des Themas sorgt von allein dafür, dass man sich als Leser nicht beruhigt zurücklehnen mag. Es gibt Fragezeichen und Hoffungszeichen, aber keine einfache Lösung. Morgner war 14 Jahre lang Gemeindepfarrer in Niedersachsen, bevor er 1989 Präses des Evangelischen Gnadauer Gemeinschaftsverbandes wurde, des größten freien Werkes innerhalb der EKD. Seit 2009 ist er im Ruhestand, aber nach wie vor aktiv, u.a. als Buchautor.

Dr. theol. Christoph Morgner: Passt der Islam zu Deutschland? Ein Zwischenruf; 144 Seiten, mediaKern GmbH, Wesel, 2016, ISBN 978-3-8429-1007-2, 9,95 Euro



DIE AMADEUS-ART DES REISENS

Eine AMADEUS-Flusskreuzfahrt verbindet auf ganz wunderbare Weise die Annehmlichkeiten eines schwimmenden Komforthotels mit dem Entdecken von Ländern und Menschen entlang Europas attraktivster Wasserwege. An Bord eines unserer Premium-Schiffe gleiten Sie durch traumhaft schöne Landschaften, lernen pulsierende Metropolen und unzählige Kulturjuwelen kennen – und genießen dabei höchste Qualitätsstandards in puncto Ausstattung, Gastronomie und Service.



Klassischer Rhein

Reisetermine: 30.06., 16.09., 13.07., 26.09., 02.11.

7 Nächte Kreuzfahrt Basel – Amsterdam auf der MS AMADEUS Princess, Silver II oder Silver III

inkl. Anreisepaket im Wert von € 299,-
pro Person schon ab

513 €

Donau Rhapsody

Reisetermine **im Juni**: 01.06., 08.06., 14.06., 21.06.

7 Nächte Kreuzfahrt Passau – Budapest – Passau auf der MS AMADEUS Princess oder Royal

inkl. Anreisepaket im Wert von € 199,-
pro Person schon ab

1.199 €

Katalog, Beratung und Buchung bei Amadeus Flusskreuzfahrten GmbH.

Kostenlose Hotline (nur für Senioren-Union): **0 800 / 8745687**

E-Mail: info@amadeus-flusskreuzfahrten.de

www.amadeus-flusskreuzfahrten.de

*Der Partnerrabatt in Höhe von 50% gilt für die 2. Person bei Unterbringung in derselben Kabine auf den reinen Kreuzfahrtpreis (ohne Ausflüge), auf die o.a. Reisen bei Buchung **bis 31.03.2017**. Nur solange der Vorrat reicht. Es gelten die Allgemeinen Reisebedingungen von Amadeus Flusskreuzfahrten.